

NACHRICHTEN

Wohnen für Menschen statt Profite: Am 28. März ist europaweiter »Housing Action Day«.

3

PROJEKTE

Protest gegen »Defender2020«: Das Kasseler Friedensforum kritisiert das NATO-Großmanöver.

4

BEWEGUNG

Kämpferinnen in der Spanischen Revolution: Die »Mujeres Libres« geraten oft in Vergessenheit.

6

BIOTONNE

Das Elektroauto »Sion« geht dank 50 Millionen Euro aus Crowdfunding nun in die Produktion.

13

EINE ZUKUNFT FÜR ALLE



▲ Besonders für die jungen Generationen müssen wir Antworten finden: Wo geht die Reise hin?

Foto: Lisa Engel / FOTO.RAUM

Wie wollen wir 2048 leben?

Mit dem Projekt »Zukunft für alle - gerecht, ökologisch, machbar.« hat sich das Konzeptwerk Neue Ökonomie zum Ziel gesetzt, eine positive Vision zu entwickeln, die über die kapitalistische Wachstumsgesellschaft hinaus geht und dabei konkret vorstellbar ist. Es geht darum, eine neue Geschichte anzufangen, Bilder einer Zukunft zu gestalten, die wir noch nicht kennen.

REGINE BEYSS, REDAKTION KASSEL

Umfragen belegen es immer wieder: Vielen Menschen fällt es leichter, sich das Ende der Welt vorzustellen, als das Ende des Kapitalismus. Die Frage nach Alternativen scheint immer wieder ohne Antwort zu bleiben – auch wenn viele Projekte und soziale Bewegungen schon heute zeigen, wo es hingehen könnte. Sie machen nicht nur darauf aufmerksam, dass unser Gesellschaftssystem unsere Zukunft zerstört, sie machen auch konkrete Vorschläge und bauen Strukturen auf, die eine sozial-ökologisch gerechte Welt ermöglichen würden.

Genau diese Vordenker*innen hat das Konzeptwerk Neue Ökonomie im

letzten Jahr eingeladen, eine konkretere Vision davon zu entwickeln, wie wir im Jahr 2048 leben wollen. Genutzt wurde dabei das Format der »Zukunftswerkstätten«. Diese Methode will gezielt die Fantasie anregen, um mit neuen Ideen Lösungen für gesellschaftliche Probleme zu finden. Ihre Gründer*innen, die Zukunftsforscher Robert Jungk, Rüdiger Lutz und Norbert R. Müllert, haben sie als Projekt der Selbstermächtigung in direktem Gegensatz zu staatlicher Planung entwickelt. Jede Zukunftswerkstatt durchläuft verschiedene Phasen: Von der Kritik des Status quo geht es in die Utopie-Phase. Im dritten Teil wird an der Verwirklichung bzw. der Praxis gearbeitet.

Insgesamt 13 Zukunftswerkstätten haben im letzten Jahr stattgefunden, um verschiedene Lebensbereiche für eine Welt im Jahr 2048 zu betrachten, von Arbeit und Bildung über Demokratie und Digitalisierung bis hin zu Wohnen und Landwirtschaft. In unserem Schwerpunkt stellen wir beispielhaft die Ergebnisse aus den Bereichen Migration, Care, Handel und Mobilität vor. Die Autor*innen sind größtenteils Mitarbeiter*innen des Konzeptwerks Neue Ökonomie und haben versucht, die Ergebnisse der Werkstätten – teilweise in sehr kreativer Textform – abzubilden.

Alle Visionen teilen gemeinsame Anforderungen: Menschen sollen an

den Entscheidungen mitwirken können, die ihr Leben betreffen. Sie können ein selbstbestimmtes und gutes Leben führen. Für alle gelten die gleichen Rechte und gesellschaftliche Teilhabe. Und die natürlichen Lebensgrundlagen werden langfristig erhalten.

Visionieren als Privileg

Die Teilnehmer*innen der Zukunftswerkstätten sind selbst in politischen Kämpfen, Projekten und Bewegungen aktiv – und stecken mitunter viele Ressourcen in ihr Engagement. Oft bliebe da wenig Zeit zum Visionieren für eine bessere Gesellschaft. Sich einmal die Zeit und den Raum

zu nehmen, darüber nachzudenken, worauf sie hinarbeiten, hätten viele deshalb als großes Privileg empfunden, schrieben Miriam Gutekunst und Matthias Schmelzer über die Zukunftswerkstatt zum Thema »Migration«. Gleichzeitig sei es aber auch eine Notwendigkeit, um größere Transformationen voranzutreiben.

Für 2020 ist zudem ein fünftägiger Kongress in Leipzig geplant, um die entstandene Vision zu diskutieren und Pläne zu schmieden, wie sie gemeinsam gelingen kann.

Link zum Projekt mit allen Artikeln und Videos: <https://konzeptwerk-neue-oekonomie.org/zukunft-fuer-alle/>

DER FALL JULIAN ASSANGE

» Es wird ein Verbrechen, die Wahrheit zu sagen «

Erstmals spricht der UNO-Sonderberichtsersteller für Folter, Nils Melzer, über seine Erkenntnisse im Fall von Wikileaks-Gründer Julian Assange. Im Interview mit dem Online-Magazin »Republik« warnt er, dass die demokratische Rechtsstaatlichkeit und die Pressefreiheit auf dem Spiel stehen.

REGINE BEYSS, REDAKTION KASSEL

Julian Assange, der Gründer der Enthüllungplattform Wikileaks, sitzt seit mehr als einem halben Jahr in einem britischen Hochsicherheitsgefängnis. Zuvor hielt er sich jahrelang in der ecuadorianischen Botschaft in

London auf, um einer Auslieferung in die USA zu entgehen. Dort drohen ihm 175 Jahren Haft, weil er geheime Dokumente veröffentlicht hat, die Kriegsverbrechen belegen.

Der UNO-Sonderberichtsersteller für Folter, Nils Melzer, fasst zusammen: »Julian Assange hat Folter aufgedeckt, er wurde selber gefoltert und könnte in den USA zu Tode gefoltert werden.« Detailliert führt Melzer im Interview mit dem Online-Magazin »Republik« aus, wie in Schweden gezielt Vergewaltigungsvorwürfe gegen Assange konstruiert wurden, ohne dass es dazu jemals zu einer Anklage kam. Während in den

Medien das Bild vorherrschte, Assange hätte sich den schwedischen Behörden entzogen, stellt Melzer klar, dass Assange mehrmals seine Bereitschaft gezeigt habe, zu dem Fall auszusagen.

Allerdings sei es nie darum gegangen, ein Sexualdelikt aufzuklären. Vielmehr sollte Assange in die USA ausgeliefert werden, um ein Exempel an ihm zu statuieren: »Es geht um die Einschüchterung anderer Journalisten. Der Fall ist ein Riesenskandal und die Bankrotterklärung der westlichen Rechtsstaatlichkeit.« Wenn investigativer Journalismus einmal als Spionage eingestuft werde und überall auf der

Welt verfolgt werden kann, folgten Zensur und Tyrannei.

»Vor unseren Augen kriecht sich ein mörderisches System. Kriegsverbrechen und Folter werden nicht verfolgt. Youtube-Videos zirkulieren, auf denen amerikanische Soldaten damit prahlen, gefangene irakische Frauen mit routinemässiger Vergewaltigung in den Selbstmord getrieben zu haben. Niemand untersucht das. Gleichzeitig wird einer mit 175 Jahren Gefängnis bedroht, der solche Dinge aufdeckt. Er wird ein Jahrzehnt lang überzogen mit Anschuldigungen, die nicht nachgewiesen werden, die ihn kaputtmachen.

Und niemand haftet dafür. Niemand übernimmt die Verantwortung. Es ist eine Erosion des Sozialvertrags.«

Das werbefreie Online-Magazin »Republik« wurde vor gut zwei Jahren von einigen Journalist*innen in Zürich gegründet. Die Republik ist nicht von Verlagen abhängig, sondern von ihren Leser*innen, die als Genossenschaftsmitglieder mitbestimmen können.

Link zum Interview: <https://www.republik.ch/2020/01/31/nils-melzer-spricht-ueber-wikileaks-gruender-julian-assange>

Aufruf »Julian Assange aus der Haft entlassen«: <https://assange-helfen.de/>

ÜBER UNS

INHALTSVERZEICHNIS

NACHRICHTEN HOUSING ACTION DAY	SEITE 3	SCHWERPUNKT FÜR DIE ZUKUNFT SORGEN	SEITE 9
PROJEKTE PROTEST GEGEN »DEFENDER2020«	SEITE 4	VON AUTOFREIEN STÄDTEN UND STROMSTRAMPELN	SEITE 10
PROJEKTE DIE MÜHLE 17, BOKEL LOS GEHT'S 2020	SEITE 5	BEWEGUNGSFREIHEIT FÜR ALLE	SEITE 11
BEWEGUNG DIE »MUJERES LIBRES«	SEITE 6	EINE SOLIDARISCHE WELTWIRTSCHAFT, DIE VERBINDET	SEITE 12
GENOSSENSCHAFTEN ALLERWOHNEN, VERDEN BEZAHLBAREN WOHNRAUM SCHAFFEN	SEITE 7	BIOTONNE ELEKTROAUTO DANK CROWDFUNDING	SEITE 13
ÜBER DEN TELLERRAND 40 JAHRE »RUDE BOY« RECHTSTICKER	SEITE 8	KUNST & KULTUR DER WILDE SOZIALISMUS BRIEFMARKEN MIT WIDERSTÄNDIGER GESCHICHTE	SEITE 14
		REZENSIONEN GILETS JAUNES SOZIALE GELBSUCHT GREEN NEW DEAL 1968... JAHRE DER HOFFNUNG KEIN RUHESTAND	SEITE 15
		TERMINE KLEINANZEIGEN, IMPRESSUM	SEITE 16

contraste ist offen für Beiträge von Euch. Redaktionsschluss ist immer fünf Wochen vor dem Erscheinungsmonat. Wir freuen uns über weitere Mitwirkende. Das Redaktionsselbstverständnis ist nachzulesen unter:

<https://www.contraste.org/redaktion/ueber-uns>

contraste abonnieren!

Standard-Abo (Print oder PDF) zu **45 Euro** jährlich

Kombi-Abo (Print+PDF) zu **60 Euro** jährlich

Kollektiv-Abo (fünf Exemplare) zu **100 Euro** jährlich

Fördermitgliedschaft mind. **70 Euro** jährlich, für juristische Personen (Betriebe,

Vereine, usw.) mind. **160 Euro** jährlich

Eine **Fördermitgliedschaft** bedeutet, **contraste** finanziell zu unterstützen. Daraus

resultieren keine weiteren Verpflichtungen.

Der **Förderbetrag** kann steuerlich geltend gemacht werden.

Bestellen unter: **abos@contraste.org**

Schnupperabo

(läuft automatisch aus, keine Kündigung nötig):

• 3 Ausgaben **7,50 Euro** (bei Lieferung ins europäische Ausland **10 Euro**)

AKTION 2020

Komm Rhein

Liebe Leser*innen,

Weltlage hin, Weltlage her, wieder tut sich Neues im Alten. »KommRhein«, so lautet der Wortspiel-Name des geplanten neuen Cafés der Sozialistischen Selbsthilfe in Köln-Mülheim, direkt am Rhein gelegen. In diesem Stadtquartier hat sich die Kabelindustrie vor Jahrzehnten zurückgezogen, aber Chancen auf Neues wurden nicht genutzt, nur neue altbekannte Wohnblöcke entstanden – Wohnen pur. Einzig der SSM hat sich dort mit seinem Inklusionskonzept der »Neuen Arbeit« auf einem Gelände anders breit gemacht. Eine 100-jährige Lagerhalle wurde vor dem Abrissbagger gerettet und ist heute nun eine Veranstaltungshalle für noch unbekannte Bands. Ein Secondhand-Möbellager und Wohn-

räume wurden erbaut. Nun folgt ein kleines Café mit großer Außenterrasse und schönem Blick auf den Rhein. Nun können dort bald viele »rhein-kommen« und ein Projekt alternativer Welt kennenlernen.

»Komm rein« ist ja gleichfalls das Motto der CONTRASTE. Monat für Monat stellen wir dar, wie Menschen aufbrechen und welche Erfahrungen sie dabei machen. Wer hier beim Lesen reinkommt, wird leicht infiziert vom Traum des selbstbestimmten geselligen Lebens hier und heute. Dem hat die sozial so kalte Wohnwüsten-Marktwirtschaft wenig entgegenzusetzen.

Alternativen müssen sich allerdings auch ein Stück weit nach der Gelddecke strecken. Unsere CONTRASTE erfuh hier wieder große Unterstützung bei der Aktion 2020, es kamen 702 Euro dazu.

Vielen Dank. Fast die Hälfte des Spendenziels von 7.000 Euro ist erreicht. Geht da noch mehr?

Die Abokurve steigt wieder ein wenig. Sechs Leser*innen kamen dazu, darunter ein Kombi-abo und eine Fördermitgliedschaft. Hinweis: Der Förderbeitrag kann steuerlich abgesetzt werden. Vielleicht wollen noch andere dem Steuerstaat ein Schnippchen schlagen. Vier Kündigungen trafen ein. Ein Leser meinte, dass er nicht zum Lesen käme. Er wünscht uns »weiterhin viel Erfolg mit dieser kraftvollen Zeitung«.

Gerne würdigen wir unsere Spender*innen durch Namensnennung, schreibt dazu bitte im Verwendungszweck »Name ja« oder sendet eine E-Mail an abos@contraste.org.

Aus der CONTRASTE-Redaktion grüßt

Heinz Weinhausen

Wir danken den Spender*innen

B.K.	19,00
K.B., Göttingen	100,00
Udo Blum, Berlin	140,00
F.T.	70,00
H.B.	30,00
E.S.	55,00
L.C.+M.L.	8,00
D.H.	75,00
PkmG e.V.	200,00
B.R	5,00

Spendenticker »Aktion 2019«

● 45,87 % finanziert 3.210,99 Euro Spenden 3.789,01 Euro fehlen noch

Spenden für CONTRASTE

CONTRASTE E.V.

IBAN DE0250890000051512405

BIC GENODEF1VBD

BLICK VOM MAULWURFSHÜGEL



Grafik: Eva Sempere

KONSTRUKTIVEN JOURNALISMUS MACHEN

VON REGINE BEYSS

Was meint ihr: Wie viele Menschen auf der Welt können lesen und schreiben? Wie hat sich die Zahl der Toten durch Umweltkatastrophen in den letzten 30 Jahren entwickelt? Wie viele der einjährigen Kinder sind weltweit geimpft? Ich lag mit all meinen Antworten daneben! Es gab jeweils drei Auswahlmöglichkeiten und in allen drei Fällen schätzte ich die Lage schlechter ein, als sie tatsächlich ist. Ein Fazit aus dem so genannten »Ignoranz-Test«: Die Welt ist nicht so schlecht, wie wir denken. Tatsächlich sind 80 Prozent der einjährigen Kinder weltweit geimpft. Die Zahl der Toten durch Umweltkatastrophen hat sich halbiert und »nur« noch 13 Prozent der Weltbevölkerung können nicht lesen und schreiben.

Unser Weltbild hat auch damit zu tun, welche Nachrichten uns wie in den Medien präsentiert werden. Negative Nachrichten überwiegen, weil sie als berichtenswerter gelten. Irgendwie logisch: Die unzähligen Flugzeuge, die sicher starten und landen, sind keine Meldung wert. Dafür bekommt das eine Flugzeug, das abstürzt, viel Aufmerksamkeit. Die Auswahl von Nachrichten hat ihre Gründe – und die sind nicht alle falsch. Wir wollen über Gefahren informiert werden, über Konflikte und Probleme. Nichts desto trotz führt die Konzentration auf »bad news« dazu, dass wir die Welt anders wahrnehmen, als sie ist. Besonders schockierte mich die Tatsache, dass unter Journalist*innen das negative Weltbild noch ausgeprägter ist als im Rest der Bevölkerung.

Was macht das mit uns? Nun, es ist verständlich, dass uns diese einseitige Art von Berichterstattung nicht gerade zuversichtlicher und enga-

gierter macht. Viel mehr kann sie zu depressiven Verstimmungen, zu Hoffnungslosigkeit und Passivität führen. Es entsteht ein Gefühl der Machtlosigkeit gegenüber globalen Herausforderungen: Armut, Kriege, Klimakrise, ...

Das muss aber nicht so sein: »Konstruktiver Journalismus« nennt sich ein alternativer Ansatz, der Prinzipien aus der positiven Psychologie miteinbezieht. Geprägt wurde der Begriff im skandinavischen Raum, doch er wird auch immer mehr im deutschsprachigen Raum diskutiert, z.B. beim diesjährigen Journalistentag der Deutschen Journalistinnen- und Journalisten-Union in Berlin. Katharina Wiegmann vom Online-Magazin »Perspective Daily« stellte in ihrem Workshop das Konzept vor und berichtete aus ihrem Redaktionsalltag. Wichtig: Es geht nicht darum, nur positive Nachrichten zu verbreiten – und Probleme außen vor zu lassen. Vielmehr soll über diese Probleme lösungsorientiert berichtet werden. Fragen, die dabei eine Rolle spielen, sind unter anderem: Welche positiven Entwicklungen gibt es? Wie könnte es weitergehen?

»Konstruktiver Journalismus« ist etwas, was die CONTRASTE auch schon seit 35 Jahren betreibt. Der Leitspruch »Neues im Alten« lässt sich dahingehend verstehen: Lasst uns nicht nur dorthin schauen, wo etwas schief läuft, sondern auch dorthin, wo schon andere Ideen erfolgreich ausprobiert werden! Das hat nichts mit Ignoranz zu tun, sondern mit gesundem Realismus.

Link zum »Ignoranz-Test«: <https://www.gapminder.org>

Geschenk für neue Abonnent*innen

Auf die nächsten Abonnent*innen wartet ein lesenswertes Geschenk: Wir haben vier Mal das »Elevate: Ein Handbuch für morgen - A Manual for Change« sowie zehn Mal »Das Kommunebuch: utopie.gemeinsam.leben« zu vergeben. Also sendet eine Mail an abos@contraste.org und schließt ein Jahresabo oder eine Fördermitgliedschaft der CONTRASTE ab. Die Aktion gilt nicht für Schnupperabos.

Elevate: Ein Handbuch für morgen - A Manual for Change

Herausgeber: Elevate Festival

Mit kreativen Ideen und praktischen Beispielen die Welt verändern? Wie das gehen könnte, verraten in diesem Buch engagierte Persönlichkeiten und zivilgesellschaftliche Initiativen aus aller Welt.

Das Kommunebuch: utopie.gemeinsam.leben

Herausgeber: Kommuja - Netzwerk der politischen Kommunen

Bereits in den 1970er Jahren entstanden Orte, an denen Menschen Geld teilen, Produktionsmittel gemeinsam besitzen und den Alltag zusammen gestalten. Das Buch richtet sich sowohl an am Kommuneleben interessierte Personen als auch an diejenigen, die bereits in solchen Gemeinschaften leben.

Mehr Infos findet ihr unter: www.contraste.org/abo/

Das Zeitungsprojekt CONTRASTE benötigt noch **3.789,01 Euro**.

Spenden für CONTRASTE

CONTRASTE E.V.

IBAN DE0250890000051512405

BIC GENODEF1VBD

EUROPAWEIT AUF DIE STRASSE

»Wohnen für Menschen statt für Profite«

50.000 Menschen beteiligten sich 2019 am ersten »Housing Action Day« in 19 Städten bundesweit. Dieses Jahr sollen die Mietproteste europaweit ein noch deutlicheres Signal setzen. »Wohnen für Menschen statt für Profite!« lautet das Motto für den Housing Action Day am 28. März 2020. In 34 europäischen Städten werden Aktionen vorbereitet. In Berlin wird eine Großdemonstration um 14 Uhr am Potsdamer Platz in Richtung Schöneberger Norden starten. Aufgerufen dazu hat das »Aktionsbündnis gegen Mietwahnwitz und Verdrängung«, ein bundesweiter Zusammenschluss von Mieter*inneninitiativen und »Recht auf Stadt!«-Gruppen.

HOLGER LAUINGER, BERLIN

Sich und anderen Mut machen, sich kennenlernen und vernetzen, durch Wissensaustausch Zeit sparen, durch gemeinsames Auftreten die Sichtbarkeit in der Öffentlichkeit erhöhen, gemeinsam mehr Durchsetzungskraft entwickeln – vor drei Jahren auf der »4. Kiezversammlung gegen Verdrängung« in Berlin-Kreuzberg äußerten viele Initiativen den Wunsch, sich durch eine selbstorganisierte Kooperation gegenseitig zu stärken und den Kampf der zahlreichen, aber vereinzelt agierenden Berliner Initiativen durch eine große Demonstration in das öffentliche Bewusstsein zu bringen. So kam es 2018 zu einer schnellwachsenden Bündnis-Bildung um die bekannteren Initiativen »Zwangsräumung verhindern!«, »Bizim Kiez« und »Deutsche Wohnen-Vernetzung«.

40.000 Menschen und rund 300 Initiativen haben daraufhin im April 2019 auf dem Alexanderplatz ihren Unmut in der Wohnungsfrage kundgetan. Wenig später im August 2019 wurde das bundesweite Bündnis in Göttingen gegründet, das auch Teil der »European Action Coalition for the Right to Housing and to the City«

Forderungen des »Housing Action Day«

1. Wir wollen echte soziale Mieten und ein grundlegend anderes Miethöhenrecht. Keine Profite mit der Miete!
2. Ein Ende von Zwangsräumungen und Wohnungslosigkeit. Housing First in würdevollen Wohnungen und ein einklagbares Recht auf Wohnen!
3. Leerstand beenden! Wir fordern, dass die Vermietung von spekulativem Leerstand erzwungen werden kann. Besetzungen legalisieren!
4. Echte demokratische Mitbestimmung und kollektive Rechte für Mieter*innen. Wir wollen mitbestimmen, was mit unserem Zuhause passiert!
5. Eine neue Gemeinnützigkeit im Wohnungsbereich, ein Ende der Bodenspekulation, eine Sozialisierung des Grundeigentums, die Vergesellschaftung der großen Wohnungskonzerne. Wohnraum und Boden dürfen keine Ware sein!
6. Einen radikalen Kurswechsel in Politik und Wirtschaft: Für eine solidarische und ökologische Stadtentwicklung!

Links:

Aktionen in Berlin:

www.mietenwahnsinn.info

Deutschland- und europaweite Aktionen:

www.housing-action-day.netEuropean Action Coalition: <https://housingnotprofit.org>Mietenwatch: www.mietenwatch.de

▲ »Mietenwahnsinn«-Demo am 6. April 2019 in Berlin

Foto: Berty Luyeye-Mbuka

ist, eine Netzwerkstruktur, die in 30 Städten und 20 Ländern über stadtpolitische Gruppen kampagnenfähig ist.

Das Berliner Bündnis Mietwahnwitz

Ihre »Offenen Plena« laden zum Mitmachen ein. Parteien und ihre Funktionär*innen sind auf den Vernetzungstreffen der Initiativen nicht erwünscht. Interessierte können das Berliner Bündnis Mietwahnwitz dienstagsabends im Kreuzberger Nachbarschaftszentrum Kiezanker kennenlernen. Beeindruckend schon die ritualisierte Vorstellungsrunde. Bei der Vorstellungsrunde wird die vielfältige Bandbreite der unterschiedlichen Menschen und ihren Initiativen erkennbar: Von Jung bis Älter, Innenstadt und Randbezirke, Ost und West, von bürgerlich zu politaktivistisch wirkenden Menschen – alle geeint in ihrem Ansinnen gegen die Auswüchse auf dem Berliner Wohnungsmarkt.

In »Mieterstadt Berlin« sind die Angebotsmieten zwischen 2013 und 2017 um 25 Prozent gestiegen, die ortsüblichen Vergleichsmieten um 15 Prozent. Nach Schätzungen des Mietervereins fehlen mindestens 100.000 Sozialwohnungen. Deren Bestand wurde in den letzten zehn Jahren halbiert. Die Einkommen der privaten Haushalte können den Mietpreisentwicklungen bei weitem nicht mehr folgen. Circa 37.000 Menschen sind wohnungslos, ihre Anzahl hat sich von 2014 auf 2017 fast vervierfacht. Beschämender Weise stehen in Berlin 70 »Geisterhäuser« aus Spekulationsgründen leer und zugleich werden jährlich 5.000 Zwangsräumungen polizeilich durchgeführt.

Heute wir, morgen ihr?

Hinter den abstrakten Zahlen verbergen sich Schicksale und Geschichten von Kämpfen gegen die Verdrängung. So engagiert sich Regina mit einer BI gegen den Teilabriss des alten Wasserwerks in Tegel und

für die Übernahme des Areals mittels einer gGmbH der Bewohner*innen. Gerd unterstützt das »Sozialbündnis« in Treptow. Dort haben Käufer*innen von Häusern momentan die höchsten Renditeerwartungen. Rund um den begehrten »Plänterwald« werden Altbaubestände aufgekauft, modernisiert und finanziell schwächere Mieter*innen durch drastische Mietsteigerungen ausgetauscht.

In Berlin-Mitte, in der Habersaath-Str. 40-48, sind 80 jahrelang leerstehende Wohnungen das Ergebnis einer krassen Entmietungsstrategie. Weil der Eigentümer die Sanierung eines WB70-Plattenbaus für nicht rentabel erachtete, stellt er den Antrag auf Abriss und versendet Verwertungskündigungen. Der Abriss ist abgelehnt, muss aber in einem Widerspruchsverfahren jahrelang verhandelt werden. Die Kündigungen aber sind rechtlich wirksam. Weil es für sie keinen bezahlbaren Wohnraum gibt, weigern sich Daniel und ca. 20 Bewohner*innen, ihre Wohnungen zu verlassen. Sie gelten nun offiziell als »Hausbesetzer*innen«.

Sandrine will mit ihrer Hausgemeinschaft AmMa65 e.V. mehr Mitbestimmungsrechte bei der Verwaltung des Hauses von einem landeseigenen Wohnungsbaunehmen erhalten. Dieses reagiert aber nicht auf die Anliegen ihrer Mieter*innen. Wohl nicht von ungefähr ist sie vom in Schweden praktizierten Modell der »Mietergewerkschaft« angetan. Mieter*innen eines Hauses bilden Interessensorganisationen, verhandeln ihre Mieten, gegebenenfalls flankiert mit kollektivem Mietstreik.

»Umwandlung in Eigentum« scheint die neue Entmietungsstrategie, die dem Verein »Unser Block bleibt!« aus dem Reuterkiez, in zunehmendem Maße auch vielen anderen Mietshäusern in Berlin, nach der Ankündigung des Mietendeckels widerfährt. Zwei Drittel der Mieter*innen von den 17 Häusern in Neukölln haben von ihrem Bezirksamt erfahren, dass der Eigentümer einen Antrag auf »Begründung

von Wohneigentum« beantragt hat. Zuvor konnte die Mieterschaft sich gegen den Trick »Umfassende Modernisierung« und folgenden, überbeurteilten Mieten gerichtlich durchsetzen. Nun sollen die Mietwohnungen einzeln teuer verkauft werden. Trotz Milieuschutzgebiet muss das Amt die Umwandlung genehmigen. Dann haben die Mieter*innen ein befristetes Vorkaufsrecht an ihren bisher noch bezahlbaren Mietwohnungen.

Kritik am Mietendeckel

Das Bündnis begrüßt die Einführung des Mietendeckels. Die politische Maßnahme will die Mieten für die kommenden fünf Jahre auf ihrem aktuellen Stand »einfrieren«. Mietobergrenzen, beurteilt nach Lage, Baujahr und Ausstattung, sollen festgelegt werden. Für zukünftigen Neubau gelten die Regeln allerdings nicht. Zudem gilt er als verfassungsrechtlich umstritten, gerichtliche Klagen laufen, er ist also noch nicht abschließend rechtssicher.

Das verunsichert natürlich Mieter*innen, die gegen ihre überbeurteilten Mieten eigenständig gegen den Vermieter klagen müssen. In der Einschätzung der Expert*innen des Berliner Bündnisses kann die Maßnahme, wenn sie nicht weiter »verwässert« werde, helfen, die zukünftigen Mietsteigerungen zu verlangsamen. Für Wohnungs- und Obdachlose, den Zwangsgeräumten, den Migrant*innen in Notunterkünften, den durch kurzfristige Kündigungsmöglichkeit bedrohten Kleinrentner*innen und Kulturinstitutionen mit Gewerbemietverträgen, der von »Umwandlung in Eigentum« bedrohten Mieterschaft, den 35 Prozent der Grundsicherung-Bezieher, die einen Teil ihrer Miete aus der Grundsicherung bezahlen müssen, ist die Einführung des Mietendeckels allerdings überhaupt keine Hilfe.

Auch deshalb ruft das Aktionsbündnis zur Teilnahme an den Demonstrationen am 28. März auf.

MELDUNGEN

»Widerständige Alte« verurteilt

Das Landgericht Koblenz hat ein Go-In auf die Startbahn des Atomwaffenstandorts Büchel (Eifel) mit je 30 Tagessätzen geahndet. Fünf Atomwaffengegner*innen, darunter Contraste-Redakteurin Ariane Dettloff (76), hatten die Atomkriegsübungen der Bundeswehr dort im Juli 2018 behindert. Einen »recht fertigen Notstand« konnte das Gericht nicht erkennen. Es nannte die Ziele der »Delinquent*innen« zwar anerkenntswert, hält aber »Hausfriedensbruch« für den falschen Weg. Die Beklagten beantragten Revision gegen das Urteil.

Unterstützungskonto: Uwe Lutz-Scholten,
IBAN DE64 5235 0005 0000 7696 87
Stichwort: Aktion Büchel 2018

Theologinnen über Nacht eingesperrt

Das Institut für Theologie und Politik (ITP) berichtet in einer Pressemitteilung, dass Anfang Februar zwei ihrer Mitarbeiter*innen sowie eine dritte Person von der Polizei grundlos in Gewahrsam genommen wurden. Die Betroffenen hielten sich in einem Fahrzeug in der Nähe des Kohlekraftwerks Datteln IV auf, wo u.a. das Aktionsbündnis Ende Gelände zu Protesten aufgerufen hatte. Die Polizei kontrollierte Fahrzeugpapiere und Personalien und durchsuchte das Fahrzeug auf gefährliche Gegenstände. Obwohl die Beamt*innen dabei nichts finden konnte, wurden die Insassen über Nacht in Einzelzellen gesperrt. Die Betroffenen wollen alle rechtlichen Schritte ausschöpfen.

Link: <https://www.itp.de/theologinnen-ueber-nacht-eingesperrt>

MOVE Utopia findet wieder statt

Im Sommer 2020 soll wieder ein MOVE Utopia stattfinden. Nun werden dringend noch Menschen gesucht, die Lust haben, das Orgateam zu unterstützen – mit Motivation und ein bisschen Zeit. Wer sich angesprochen fühlt, ist herzlich eingeladen, Kontakt aufzunehmen und zu einem der nächsten Treffen zu kommen. Der genaue Zeitpunkt und der Ort des MOVE Utopias werden noch ermittelt und bald bekannt gegeben.

Mail: info@move-utopia.deInternetseite: <https://move-utopia.de>

ANZEIGE



Die Freilebnerzeitschrift bietet Austausch und Vernetzung zu selbstbestimmter Bildung. Wir setzen uns für das Recht junger Menschen ein, selbst zu entscheiden, wo sie sich aufhalten und mit welchen Inhalten sie sich beschäftigen.

www.freilebner.de

DEFENDER 2020

Friedensforum protestiert gegen NATO-Großmanöver

75 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges soll 2020 wieder eine große Zahl von Soldat*innen samt Kriegsgerät an die russische Grenze transportiert werden. Die Friedensbewegung plant schon jetzt ihre Proteste und fordert eine Entspannungspolitik, um eine erneute Teilung Europas zu verhindern.

THOMAS JANSEN, KASSELER FRIEDENSFORUM

Wer in der ersten Jahreshälfte 2020 auf Autobahnen und Bahnhöfen langen Militärkonvois mit Jeeps, Panzern und schwerem Gerät begegnet, sollte wissen, dass nach dem Ende des Kalten Krieges eines der größten US-geführten NATO-Manöver voll im Gange ist. Die Friedensbewegung protestiert dagegen, dass rund 37.000 Soldat*innen aus 16 NATO-Staaten, darunter 20.000 US-Gis, samt Kriegsgerät von den USA über den Atlantik quer durch Europa an die russische Grenze transportiert werden. Deutschland bietet dabei mit seinen Verkehrswegen die logistische Drehscheibe des Manövers. Allein der Transport von 8.600 Rad- und 1.100 Kettenfahrzeugen aus den USA wird einen massiven ökologischen Fußabdruck hinterlassen und den Steuerzahler mit Millionenbeträgen belasten.

Monatelang werden dafür Güterzüge durch Bahnhöfe rollen, Transportkolonnen und Panzer über Autobahnen Richtung Osten. Die EU hat bereits 6,5 Milliarden Euro bewilligt, um Schienennetze, Straßen und Brücken panzertauglich auszubauen. Auch Hessen bleibt dabei nicht außen vor. Über den Frankfurter Flughafen, die Air Base Ramstein und die Nordseehäfen kommen Militärtransporte durch ganz Deutschland bis in den Schwalm Eder Kreis. Die Kasernen in Fritzlar dienen dabei als Rastraum. Die Kasseler Friedensbewegung plant bereits am 7. März Aktionen in Fritzlar, wo Kasernen als Rasträume für Militärtransporte dienen.



▲ Wie immer gut besucht: Der Ostermarsch 2019 in Kassel

Foto: Birgit Malzahn

Wir fragen: Was soll dieses Säbelrasseln? Wozu diese Machtdemonstration militärischer Stärke mitten in Europa. Geübt werden soll nach Angaben der Nato die blitzschnelle Verlegung kampfstarker Großverbände aus den USA an die russische Grenze. Doch wozu?

Am 8. Mai jährt sich zum 75. Mal das Ende des Zweiten Weltkrieges. Die Sowjetunion hat den Überfall Hitlerdeutschlands auf ihr Land mit 27 Millionen Toten bezahlt. Das Säbelrasseln an der russischen Grenze kann nach Ansicht des Kasseler Friedensforums nur als Provokation aufgefasst werden. Es spitzt die Konfrontations-

politik gegenüber Russland zu, die mit der NATO-Osterweiterung ihren Lauf nahm. Wir brauchen Entspannungspolitik und gute freundschaftliche Beziehungen mit unseren Nachbarn, um eine erneute Teilung Europas zu verhindern. »Defender 2020« ist eine sinnlose militärische Demonstration, die das alte Feindbild Russland aktualisiert und den Politiker*innen die Rechtfertigung für eine massive Aufrüstung der NATO-Staaten liefert. Schrittmacher dabei ist die Politik von Trump, der militärische Gewalt als Mittel der Politik praktiziert. Allein 80 Milliarden Euro jährlich strebt unsere Bundesregierung für

den Rüstungsetat an – Geld, das dringend benötigt wird für den sozial-ökologischen Umbau dieser Gesellschaft. Militärmanöver wie »Defender 2020« widersprechen dem Geist des »2 plus 4«-Vertrags von 1990, dass die Teilung Europas überwunden wird und von Deutschland nur Frieden ausgehen soll. Dies ist der Kerngedanke des Grundgesetzes und muss Grundlage deutscher und europäischer Politik sein.

Die Friedensbewegung wird in kreativen Aktionen bundesweit ihren Protest gegen Defender 2020 zum Ausdruck bringen, unter anderem bei den diesjährigen Ostermärschen.

Kasseler Friedensforum

Im Kasseler Friedensforum sind Menschen aktiv, die sich mit Blick auf alte und neue Kriege und angesichts der globalen Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen für eine friedliche Welt einsetzen – und das seit mehr als 30 Jahren.

1981 kamen mehr als 2.000 Menschen zur Gründungsveranstaltung in die Kasseler Stadthalle, 5.000 nahmen drei Tage später an einem Demonstrationzug durch die Kasseler Innenstadt teil. Zu dieser Zeit wollten die USA in Westdeutschland neue Atomraketen aufstellen, die gegen die Sowjetunion gerichtet waren. Hier rief ein Kreis um den Politikwissenschaftler, Friedensforscher und Friedensaktivisten Dr. Peter Strutyński (1945-2015) das Kasseler Friedensforum ins Leben – eine Bürgerinitiative, die sich unabhängig von Parteien und Organisationen als Teil der weltweiten Friedensbewegung versteht, und sich unter anderem einsetzt gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr, gegen Waffenexporte, den Abzug von Atomwaffen aus Deutschland sowie für die Abrüstung von Bundeswehr und NATO bis zu ihrer Auflösung.

Das Kasseler Friedensforum arbeitet ehrenamtlich und finanziert sich aus Spenden und Beiträgen.

Interessierte sind herzlich eingeladen zu den Treffen, die montags ab 19.30 Uhr in der Germaniastraße 14 (Café Buch Oase) in Kassel stattfinden.

Kasseler Forum für den Frieden e.V.
IBAN: DE38 5205 0353 0000 0655 08

Link: www.kasseler-friedensforum.de

Weitere Infos zu Terminen und Aktionen:
www.antidef20.de

KOLLEKTIVE BERATUNGSSCHNIPSEL

Willst du kämpfen - dann mach' es dir bequem

AG
Beratung

...auf das Kleingedruckte kommt es an

Am Anfang der AGBeratung stand der RGW – der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, eine Berliner Beratungsstelle, die seit 25 Jahren kollektive Projekte aller Art berät. Über die Jahre wurden die Mitglieder des RGW weniger und älter. Das angesammelte Wissen sollte aber nicht verloren gehen und so wurde Nachwuchs gesucht. Das neue Beratungskollektiv entwickelt seine eigene Struktur und Arbeitsweise, kann dabei aber aus dem Erfahrungspool 25jähriger Beratungsarbeit schöpfen. Diese Kolumne erzählt Geschichten aus dem Beratungsalltag.

www.agberatung-berlin.org

»... sehr interessant, ich weiß aber nicht, ob ich das schaffe.« Wer hört solchen Satz nicht mehrmals jeden Tag oder sagt ihn selber? Bei der Einladung zu einer Diskussion über die aktuelle rechtslastige Gesellschaftsentwicklung hagelt es z.B. gerade wieder mal diese Antworten: »Ja, total wichtiges Thema, eine absolut nötige Auseinandersetzung, aber ich weiß noch nicht!«

Selbstverständlich können wir nicht allen lockenden Angeboten und wichtig erscheinenden Einladungen folgen. Der Tag hat auch im selbstverwalteten Leben nur 24 Stunden. Oder kann er selbstorganisiert doch mehr haben? Auf alle Fälle scheinen sie in vielen Projekten, Betrieben, Häusern oder Initiativen für die »eigentlich« anstehenden Aufgaben nicht zu reichen. Notorisch bleibt einiges auf der Strecke, hinterlässt oft ein Gefühl der Unfertigkeit. Und daraus wächst ein täglicher Antriebs, eine permanente Anforderung oder ein persönliches Bedürfnis, aufzuholen, es doch zu schaffen. Nicht wenige sprechen von einem alltäglichen belastenden Druck. Beson-

ders dann, wenn sie ihre Situation rückblickend von außen bewerten.

Keine Frage, um z.B. einen Kollektivbetrieb zu erhalten, ein solidarisches Gemeinschaftsleben zu realisieren oder ein nichtkommerzielles Bildungsangebot zu entwickeln, braucht es viel Energie und Zeit – und einen Schuss Wahnsinn, denn wir müssen dabei gelegentlich die eigenen persönlichen Grenzen überschreiten. Dazu wird in der Regel individuelles Neuland betreten, treiben mehr die Hoffnung und der Wunsch und weniger gelebte Erfahrung und Strategie voran. Das setzt Kräfte, Begeisterung, Kreativität und Hartnäckigkeit voraus und gleichzeitig auch frei, ohne die so viele fantastische Projekte und politische Aktionen nie entstehen würden. Die füllen seit Jahrzehnten u.a. vollständig die Zeilen dieser Zeitung.

Wenn ich das alles vorher gewusst hätte! Es hilft nichts, wir müssen vorwärts leben und können vieles erst rückblickend verstehen und einordnen. Doch schon vorher ist uns allen bekannt, dass wir nur eine Zeit lang Energie haben, um auf der

Überholspur zu leben und zu arbeiten. Die vielfältigsten Herausforderungen und Ansprüche, es anders zu machen, zu zeigen, dass es besser geht. Das alles beschert nicht selten einen voll gestopften Terminkalender, im Voraus verplante Wochen, viele stundenweise getaktete Tage und unvorhersehbare Belastungen. Und gerade so wollen wir nicht leben: tickend wie ein Uhrwerk, alltäglich funktionierend, effektiv, möglichst gewinnbringend und wahlweise von Notwendigkeiten oder selbst auferlegten Pflichten dominiert. Selbst mit einem doppelten Salto ist letztlich aus der Milchstraße kein Käse zu machen. Viele Alltagsbeschreibungen ähneln verdammt sehr den ethischen Durchhalteparolen meiner Kindheit: Arbeit macht das Leben süß... und hat noch keine*n umgebracht, Müßiggang ist aller Laster Anfang und als Krönung: erst die Arbeit - dann das Vergnügen! Wen wundert es da, dass Selbstverwaltung oft unter dem Stichwort »Selbstausbeutung« zu finden ist.

Bei aller Leidensfähigkeit und den Herausforderungen, ein Leben, einen Alltag und eine Arbeit gegen

den Strom zu erkämpfen: Wenn wir uns selbst auf diesem Weg dem täglichen Hamsterrad der herrschenden Verwertungslogik angleichen, werden wir letztendlich auch kein anderes Ergebnis erzielen können. Auch wenn wir es in allerbesten Absicht – im Dienste der Weltverbesserung – tun. Jedenfalls kein Ergebnis, was den Titel »gutes Leben« tragen darf. Der Kapitalismus zeigt sich nicht nur in der Profitgier, sondern wirkt auch auf die Strukturierung unseres Alltags. Wir müssen uns darin gegenseitig bestärken, dass unsere Wichtigkeit nicht durch die Zahl der besuchten Demos, der Polittermine in unserem Kalender, der Schichten im Kollektiv oder Kontaktdaten im Handy definiert wird. Das Recht auf Faulheit sollten wir uns nicht nehmen lassen. Willst du kämpfen – dann mach' es dir bequem! Wem auch immer wir diese kluge Feststellung zu verdanken haben, sie ist zutreffend, denn in der Ruhe liegt bekanntlich die Kraft. Und die brauchen wir dringend!

Wilfried Schwarz

KÜNSTLER, LANDWIRTE UND ZWEI ZIRKUSWAGEN-HOSTELS

»Mal sehen, was von der Revolution übrig geblieben ist«

Im kleinen Ort Bokel gestalten ehemalige Hippies und alteingesessene Landwirtschaftsfamilien gemeinsam das Dorfleben. Statt sich voneinander abzugrenzen, gründen sie immer wieder neue Interessengemeinschaften und beziehen sich auf einen ungeschriebenen Grundkonsens.

UWE CIESLA, VERDEN

»Suche rüstigen Rentner für Stalarbeit, kleines Haus wird gestellt.« Diese Anzeige war vor rund 35 Jahren der Ausgangspunkt, der dazu führte, dass der kleine Ort Bokel in Schleswig-Holstein zu einem Mekka für Zirkuswagenbewohner wurde, in dem ehemalige Hippies und alteingesessene Landwirtschaftsfamilien gemeinsam das Dorfleben gestalten. Statt des rüstigen Rentners meldete sich der langhaarige Biologiestudent Tom bei Bauer Rathjen in Bokel. Trotz anfänglicher Skepsis wurden sich die zwei einig. Mit dem damals 22-Jährigen kamen seine Freunde Bärbel und Ulli sowie der erste bewohnte Bauwagen in das 640-Seelen-Dorf bei Rendsburg.

Tom entwickelte seine Leidenschaft für die Holzbildhauerei. Über die Projekte des von ihm gegründeten Kinderkulturdorf e.V. kamen weitere Künstler, Kreative und Handwerker nach Bokel. Mit den Einnahmen durch den Verkauf seiner großformatigen Skulpturen konnte er gemeinsam mit seiner Frau Reingart die alte Mühle kaufen, die sie mit Unterstützung von Ulli, Bärbel und weiteren Freunden in Eigenarbeit bewohnbar machten. Im Garten der Mühle bauten sie ein Zirkuswagenhostel mit heute 18 Schlafplätzen auf.

Im Gemeinderat, in dem die Vier seit Jahren selbst aktiv sind, einigte



▲ Im Garten hinter der alten Mühle haben Tom und seine Frau Reingart ein Zirkuswagen-Hostel eröffnet.

Foto: Uwe Ciesla

man sich auf eine Besteuerung nach der Formel drei Wagen entsprechen einer Wohneinheit und legalisierte somit das Aufstellen von Zirkuswägen im Ort. »Die Gesetzeslage für das Leben im Wagen ist sehr schwer in Deutschland. Das funktioniert nur, wenn Nachbarn und Gemeinde bereit sind, das zu akzeptieren«, erklärt Tom. Hilfreich sei dabei die hohe Integration der Zugezogenen in das dörfliche Leben, auch wenn dies in der Anfangszeit nicht immer einfach war. »Ich habe über die Jahre hinweg die Erfahrung gemacht, dass das Abschotten und Verstecken uns

nicht weiterbringt. Viele Alternative grenzen sich ab. Die gehen nicht zur Weihnachtsfeier und die Nachbarn trauen sich nicht auf deren Wagenfest. Hier in Bokel ist das inzwischen komplett durchmischt.«

Am Ortsrand, knapp einen Kilometer von der Mühle entfernt, liegt Ulliwood, der Hof, auf dem Ulli und Bärbel leben und eine Tischlerei und ein historisches Sägewerk betreiben. Die Grünflächen dazwischen haben die beiden Paare vor zweieinhalb Jahren gemeinsam gekauft und in ein Feuchtbiotop umgewandelt, dem sie zu Ehren des Vorbesitzers Kai Godt den

Namen »Kailand« gaben. »Wir haben die Flächen freigekauft und der Natur zurückgegeben«, sagt Tom. Finanziert wird der Kauf durch die Einnahmen des Hostels sowie des neu gegründeten zweiten Hostels auf Ulliwood, in dem weitere 18 Zirkuswagenschlafplätze angeboten werden. Den Gästen wie auch den Bewohnern des Dorfes steht das »Kailand« als Naturerlebnis- und Naherholungsgebiet zur Verfügung. Aufbauend auf sein Biologiestudium bietet Tom naturkundliche Führungen über das Gelände an.

Unter ihren Gästen finden sich auch viele Alt-68er und es kommt immer

mal wieder zu interessanten Diskussionen über politische und gesellschaftliche Themen. »Einer begrüßte mich mal mit den Worten: ›ich will mal sehen, was von der Revolution übrig geblieben ist‹«, erzählt Tom.

Er selbst habe noch die Kommunebewegung in den 70er-Jahren mitbekommen. Aber das sei ihm damals zu starr und unflexibel gewesen. In Bokel sei jeder eigenständig und es bilden sich immer wieder unterschiedliche Interessengemeinschaften zu den unterschiedlichen Themen. Es gäbe aber so etwas wie einen ungeschriebenen Konsens untereinander, der schwer in Worte zu fassen sei. Aber über allem stehe das einfache Motto: »Seid freundlich zueinander«. »Auch unsere ausgeprägte Feiernkultur, dass man sich auf der Straße oder am Gartenzaun trifft und natürlich unsere langjährige Mitarbeit im Gemeinderat, tragen zu einem großen Zusammenhalt bei«, erzählt Tom. Dies gelte sowohl für die zugezogenen Alternativen als auch die Alteingesessenen.

Im letzten Herbst wurde eine Dokumentation über das Dorf im NDR Fernsehen ausgestrahlt und löst bis heute begeisterte Reaktionen auf Youtube und in sozialen Netzwerken aus: »Uns erreichten seitdem über 400 Anfragen, von denen bis auf drei oder vier alle sehr positiv waren. Bestimmt 350 davon waren von Leuten, die am liebsten sofort hierher ziehen wollen.« Das würde aber den Rahmen des 640-Einwohner-Ortes sprengen. Neben der Möglichkeit hier Urlaub zu machen, bieten sowohl Ulliwood als auch die Mühle 17 Interessierten jedoch an, gegen Kost und Logie an den Projekten vor Ort mitzuarbeiten.

Links: www.muehle17.de, www.ulliwood.de

HARZGERODE

Los Geht's: Kommunen gründen

Das Kommuja-Netzwerk der politischen Kommunen lädt an Pfingsten wieder ein zum »Los Geht's!« - dieses Mal bei der Gemeinschaft »Freie Feldlage« in Harzgerode. Die Veranstaltung findet statt vom 28. Mai bis zum 1. Juni und richtet sich an Menschen, die Kommunen gründen möchten oder schon mit ihrer Gründungsgruppe kommen, an Gemeinschaftssuchende sowie an Gruppen, die noch Leute suchen.

BARBARA GRAF, LOS GEHT'S ORGATEAM

Viele träumen von einem Leben gemeinsam mit anderen, besuchen begeistert Kommune-Projekte, haben konkrete Ideen im Kopf, wie sie sich ihre Zukunft in Gemeinschaft vorstellen und doch scheint es so irrsinnig schwer, diese Träume wahr werden zu lassen. Das »Los Geht's!« möchte ermutigen, den Weg weiterzugehen und die Träume umzusetzen. Getragen von vielen Akteur*innen aus dem Netzwerk der politischen Kommunen, die mit ihrer Erfahrung, ihrer Tatkraft, ihren Geschichten und Themen den Rahmen gestalten, ist das »Los Geht's!« ein wunderbares Beispiel, wie gut Selbstorganisation in Gemeinschaft funktionieren kann.

Es ist ein kunterbuntes Vernetzungswochenende rund um die Themen, Chancen und Stolpersteine, die beim gemeinsamen Wohnen, Leben, Wirtschaften, Arbeiten und Gestalten so auftauchen. Das Camp möchte erlebbar machen, wie viel Spaß kollektives Aktiv-Sein macht und wie viel Potenzial zu Veränderung das in sich birgt.



▲ Wie gemacht für das diesjährige »Los Geht's!«: Die »Freie Feldlage« in Harzgerode bietet viel Raum für Ideen und Selbstorganisation rund um die Themen Klimagerechtigkeit, Gemeinschaft und Kommune.

Foto: Freie Feldlage

Nach nun über 20 Jahren wollen wir dieses Format einer kleinen Frischzellen-Kur unterziehen. Mehr und mehr entwickelte sich das »Los Geht's!« zu einer Art Festival mit umfangreichem Kultur- und Rahmenprogramm und durchorganisiertem Zeitplan. Für alles war gesorgt und manche Besucher*innen kamen fast schon mit einer Art »Dienstleistungsmentalität«. Das war schon in Ordnung, hat auch viel Spaß gemacht, wurde für die Orga-Crew jedoch regelrecht stressig und der gewünschte Effekt blieb trotzdem aus – dass sich die Interessierten über das Wochenende hinaus motiviert an die Umsetzung ihrer eigenen Projekte machen oder in bestehende Kommunen ziehen.

Neben einem klimaaktivistischen Themen-Schwerpunkt wollen wir dieses Jahr gemeinsam mit den Teilnehmenden immer wieder den Fragen auf den Grund gehen »Was hindert mich?« und »Was braucht es, um mit der Umsetzung der Träume zu beginnen?«. Um gleich ein bisschen die Praxis der Selbstorganisation zu üben, sind alle eingeladen, die vier Tage mitzugestalten und solidarisch mitzutragen, durch Beteiligung an den Care-Arbeiten, dem Kulturprogramm, Orga-Aufgaben, Skill-Sharing und Workshops. Achtsamkeit für sich und im Umgang miteinander und Übernahme von Selbstverantwortung sind auch

im Kommune-Alltag wichtige Pfeiler und können auf dem »Los Geht's!« ein schönes und lebendiges Miteinander mit ca. 300 Anderen erlebbar machen.

Das Gelände der Gemeinschaft »Freie Feldlage« ist wie gemacht für größere Sommer-Camps, das Kommuja-Netzwerk war dort schon auf dem letztjährigen »Move-Utopia« mit einem Barriozelt zu Gast. Abseits von Harzgerode (bei Quedlinburg) weit oben auf dem Berg stehen die imposanten, originalen Bauhaus-Gebäude der ehemaligen Kinderlungenheilstätte umgeben von vielen Hektar altem Mischwald, immer wieder unterbrochen durch riesige Wiesenflächen. Die zehnköpfi-

ge Gemeinschaftsgruppe ist ein tolles Beispiel dafür, was möglich ist, wenn Menschen mutig den Schritt wagen und in die Umsetzung ihrer Träume gehen. Da die »Freie Feldlage« aber noch viel mehr Platz bietet für weitere Menschen und Ideen und auch jede Hand braucht, um das riesige Gelände zu entwickeln, entstand der Gedanke, gastgebender Ort für das »Los Geht's! 2020« zu werden.

Anmeldung und weitere Informationen:

www.losgehts.eu

Infos zum Kommuja-Netzwerk: www.kommuja.de

Gemeinschaft »Freie Feldlage«:

<https://freiefeldlage.de>

ANZEIGE

Gesundheit in der Krise

Aktuelle Herausforderungen im Gesundheitssystem

*** Jetzt bestellen! ** Gen-ethischer Informationsdienst ** Nr. 252 ** Februar 2020 ** Einzelausgabe 8,50 € ** Jahresabo (4 Ausgaben) 35 Euro ***

Gen-ethisches Netzwerk e.V.
Stephanstr. 13 · 10559 Berlin
www.gen-ethisches-netzwerk.de

Tel. 030-685 70 73 · Fax 030-684 11 83

MUJERES LIBRES

Libertäre Kämpferinnen in der Spanischen Revolution

Vera Bianchi, eine Historikerin mit den Schwerpunkten soziale Bewegungen und Frauengeschichte, hat sich mit dem in diesem Jahr veröffentlichten Buch »Mujeres Libres - Libertäre Kämpferinnen« erneut einem spannenden, jedoch weitgehend vergessenen Kapitel aus der Emanzipationsgeschichte gewidmet. Die Freien Frauen (Mujeres Libres) organisierten sich im Spanien der 1930er-Jahre in etwa 150 Basisgruppen mit rund 20.000 Mitgliedern.

ROMAN DANYLUK, FAU MÜNCHEN

Die anarchistische Frauengruppe Mujeres Libres (ML) wird meist in der Erinnerungskultur zur Spanischen Revolution (1934-1939) nur am Rande erwähnt – oder gleich ganz übergangen. Dies ist umso unverständlicher, als die Mujeres Libres ein erstaunliches Beispiel dafür sind, wie die Befreiung einer bestimmten Bevölkerungsgruppe mit dem Kampf für eine allumfassende Emanzipation verbunden werden kann. Es ging den ML um die Selbstorganisation und Selbstermächtigung der Frauen, jedoch immer eingebettet in den allgemeinen, sozialrevolutionären Kampf gegen Lohnarbeit und Entfremdung. Sie haben – wie später geschehen – die Frauenemanzipation nie als ein separates Projekt oder als einen isolierten Interessenkonflikt betrachtet, sondern als einen untrennbaren Bestandteil einer breiten sozialrevolutionären Bewegung aufgefasst. Das sahen übrigens die anderen, männer-dominierten anarchistischen Organisationen – CNT, FAI und der libertäre Jugendverband – leider größtenteils anders. Sie warfen den Mujeres Libres vor, die Bewegung zu spalten.

Dieser Vorwurf war jedoch völlig unangebracht. Die anarchistischen Frauengruppen vertraten schließlich revolutionäre Ansichten über egalitäre Beziehungen zwischen Frauen und Männern und kämpften um eine freie Gesellschaft für alle. Nicht wenige Anarchisten konnten diesem Anliegen, obwohl die große Gewerkschaft CNT die Gleichberechtigung der Geschlechter in ihrem Programm stehen hatte, mental nicht folgen. Trotzdem verstanden sich die feministischen Revolutionärinnen der ML ohne Wenn und Aber als Teil der Arbeiterbewegung und ihren unermüdeten Aktivismus als Anstrengung zur umfassenden sozialen Emanzipation. Aus ihren Gruppen und Kollektiven heraus bestimmten die Mujeres Libres den Fortgang des Bürgerkrieges sowie der sozialen Revolution fortlaufend mit.

Bildung für Arbeiterinnen

Die Freien Frauen waren Anfang 1936 aus dem Zusammenschluss mehrerer libertärer Frauengruppen, u. a. aus Madrid und Barcelona, entstanden. Dabei hatten die Gruppen durchaus unterschiedliche Schwerpunkte. Die Mujeres Libres in der katalanischen Metropole konzentrierten sich auf die Kontakte mit den Anarchistinnen in der anarchosyndikalistischen Gewerkschaft CNT, während die Gruppe in Madrid ihr Hauptaugenmerk auf die Arbeit mit politisch unorganisierten Arbeiterinnen legte. Allen gemeinsam war die Konzentration auf drei wich-

tige Themenbereiche: Einerseits die Unwissenheit bzw. fehlende Bildung der Arbeiterinnen, andererseits die sexuelle Benachteiligung und Unterwerfung der Frauen durch die Männer. Der dritte wichtige Punkt betraf die Reduzierung der Frau auf ihre Rolle als Mutter bzw. als Fortpflanzungsobjekt. Im Mittelpunkt stand dabei immer das Ziel der ökonomischen Unabhängigkeit der Arbeiterfrauen.

Um die Befreiung der Frauen praktisch angehen zu können, starteten die ML mehrere Projekte: Sie gründeten sogenannte rationalistische Schulen, in denen Kinder zu selbstständigem und vorurteilsfreiem Denken angeregt wurden. Zudem engagierten sie sich in den »Ateneos Culturales« (Kulturzentren) und bauten sie als Orte für Bildung, Erziehung und Freizeitbeschäftigung insbesondere für Angehörige der Unter- und Arbeiterklasse aus.

Frauen auf den Barrikaden

Der Militärputsch vom 19. Juli 1936 veränderte auch die Praxis und Politik der Mujeres Libres. Seit dem ersten Tag der Abwehr des Putsches kämpften die Frauen auf den Barrikaden und in den spontan gebildeten proletarischen Milizen an der Front. In den von antifaschistischen Kräften gehaltenen Gebieten – immerhin zwei Drittel des Landes mit den drei größten Städten Madrid, Barcelona und Valencia – brach sofort eine soziale Revolution aus. Es kam zu Kollektivierungen in Industrie, Handwerk und Landwirtschaft. Die politische Macht übten revolutionäre Ausschüsse und Komitees aus.

An dieser Entwicklung waren allerorten Frauen tatkräftig beteiligt. Die ML verstanden ihr Engagement als einen weit über den begrenzten Antifaschismus hinausgehenden revolutionären Aktivismus. Sie intensivierten nun die Alphabetisierungsprogramme und Ausbildungskurse für Frauen, die in der Rüstungsproduktion, dem öffentlichen Dienst sowie in den landwirtschaftlichen Kollektiven arbeiteten. Die Mujeres Libres forderten ohne Unterlass gleichen Lohn für gleiche Arbeit sowie die gesetzliche Gleichstellung in Ehe, bei Scheidung und im Sorgerecht für Kinder. Ein Alleinstellungsmerkmal der ML war ihr Forderung nach Verbesserung der Lage kinderloser Frauen.

Die ML eröffneten eine Fahrschule für Frauen und richteten in großen, enteigneten Gebäuden in Barcelona zwei Frauenzentren ein, in denen Kurse für Arbeiterinnen und Schulungen stattfanden. In den größeren Städten wurden Abendschulen für Mädchen und Frauen organisiert. ML-Aktivistinnen gingen zudem in die kollektivierten Betriebe, um dort berufliche Schulungen für Frauen durchzuführen. Jetzt, da der Bürgerkrieg im vollen Gange war, arbeiteten viele Frauen in Metallfabriken, auf dem Bau oder als Fahrerinnen im öffentlichen Nahverkehr. Während des Bürgerkrieges durchliefen zahlreiche Frauen die Ausbildungskurse der ML für Krankenpflege, Erziehungsarbeit und Verwaltungsaufgaben.

Auf Autonomie pochen

Die soziale Revolution befeuerte den unbändigen Willen und Enthusiasmus, die Situation der Frauen in Spanien zu ändern. Die Mujeres Libres hielten sich nicht nur inmitten dieses Orkans auf, sondern pochten bemerkenswert hartnäckig auf ihre Autonomie. Im Gegensatz zu den anderen damaligen Frauengruppen, die in der einen oder anderen Form an die Oberhoheit bestimmter politischer Parteien gebunden waren, konnten die Freien Frauen allein in ihrem eige-



nen Namen handeln. Sie wirkten mit ihrem Engagement und ihren Inhalten in den Gewerkschaften, den Kulturzentren, den Fabriken und Betrieben sowie in den landwirtschaftlichen Kollektiven. Doch sie schufen sich auch ihre eigenen Räume, Häuser und Zentren (»Liberatorios«), um ihre ganz eigene, feministische Agenda zu verfolgen. So gingen sie dort beispielsweise auf die Bedürfnisse von Prostituierten ein. Die Betroffenen erhielten in den Liberatorios ärztliche Versorgung und Beratung, um ihr Leben zu verbessern.

Die revolutionäre Entwicklung in Spanien wurde durch den Sieg der Franco-Truppen, der nur mit massiver militärischer Unterstützung durch das faschistische Italien sowie von NS-Deutschland möglich geworden war, jäh unterbrochen. Anfang 1939 begann der Exodus von einer halben Million SpanierInnen über die Pyrenäen nach Frankreich. Dort wurden sie von den französischen Autoritäten sofort in Internierungslager an der Mittelmeerküste gesperrt. Unter ihnen waren viele Mujeres Libres, die sich an wichtiger Stelle während der Spanischen Revo-

lution engagiert hatten. Im Exil lebten die geflüchteten Freien Frauen fortan in verschiedenen europäischen Ländern sowie auf Nord- und Lateinamerika verstreut. Nicht wenige von ihnen blieben nach dem Zweiten Weltkrieg in Frankreich und waren dort in der spanischen libertären Bewegung aktiv.

Bianchi stellte die Mujeres Libres bereits mit dem 2003 im Unrast Verlag erschienenen Buch »Feministinnen in der Revolution« dem deutschsprachigen Lesepublikum vor. Die aktuelle Veröffentlichung ist hingegen die Übersetzung von Renée Steenbock und Vera Bianchi eines 1999 auf spanisch von ehemaligen Mujeres Libres-Aktivistinnen herausgegebenen Sammelbandes, der sowohl Texte aus dem Spanischen Bürgerkrieg als auch spätere Erinnerungen der Frauen enthält.

Vor dem Vergessen retten

Der Sammelband, mit zahlreichen Anmerkungen ergänzt, trägt dazu bei, die revolutionären Inhalte und die bemerkenswerte Praxis der Mujeres Libres vor dem Vergessen zu bewahren.

Im Vorwort zur nun vorliegenden deutschen Ausgabe charakterisiert Bianchi diese mutigen Frauen: »Dieses Engagement für sich und andere Menschen, für eine freie Gesellschaft für alle, den Lebensmut und Optimismus und revolutionären Impetus lese ich auch in den Artikeln der anderen Frauen aus dieser revolutionären Frauengruppe, die ich nicht persönlich kennengelernt habe. Bezeichnenderweise sind viele der Mitglieder sehr alt geworden und haben sich bis ins hohe Alter engagiert, sei es durch Veröffentlichungen, Kontakt zu Aktivist*innen nachfolgender Generationen oder durch Vorträge.«

Es ist das Verdienst von Vera Bianchi, die Erinnerung an die Mujeres Libres und deren proletarisch-feministischen Ansatz auch im deutschsprachigen Raum wachzuhalten. Dabei gelingt es Bianchi nicht nur die Aktivistinnen dem Vergessen zu entreißen und ihr Handeln historisch zu würdigen, sondern auch einen Bezug zur heutigen Situation herzustellen.

Vera Bianchi (Hg.): Mujeres Libres - Libertäre Kämpferinnen. Edition AV, Bodenburg 2019, 230 Seiten, 17 Euro

ANZEIGE

Genossenschaft gründen?
www.genossenschaftsgruendung.de
Telefon 040 - 23 51 97 90

Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V.

ALLERWOHNEN, VERDEN

Ein Dach für Fünf – bis zum nächsten Streich



▲ Frühlingsbrunch unter dem Kirschbaum in der Hofgemeinschaft Stedorf, dem ältesten Wohnprojekt der AllerWohnen eG
Foto: AllerWohnen eG

Die Wohnmodelle unter dem Dach der Genossenschaft AllerWohnen eG mit Sitz in Verden an der Aller reichen von selbstverwalteten Wohnprojekten über eine Gemeinschaftssiedlung auf Erbpachtbasis bis hin zum barrierearmen Reihenhauses. Letzteres ist für wenig verdienende Alleinstehende mit der Genossenschaft als formale Vermieterin. Mit den meisten Projekten besteht ein Einheitsmietvertrag zwischen Genossenschaft und Hausverein. Darin sind neben der Gesamtmiete und Gesamteinlagenpflicht, Instandhaltungsaufgaben, aber auch Vorkaufrecht im Falle der Veräußerung geregelt. Nur selten gibt es Einzelmietverträge – meistens, wenn sie für Behörden oder Arbeitgeber benötigt werden.

MARKUS FEDER, STEDORF

Die Hofgemeinschaft Stedorf gehört zur AllerWohnen eG, einer wachsenden Wohnungsgenossenschaft mit derzeit fünf Projekten im Landkreis Verden südlich von Bremen. Ihr Hauptziel ist es, Wohnraum dauerhaft in die Hände der Nutzer*innen zu geben. Seit 1997 ermöglicht sie es Hausgemeinschaften, selbstbestimmt, ökologisch und gleichzeitig bezahlbar zu wohnen.

In der AllerWohnen eG wird zwischen wohnversorgten und nicht wohnversorgten Mitgliedern unterschieden. Zu Ersteren zählen alle Bewohner*innen in den Projekten. Sie müssen eine zinsfreie Pflichteinlage zeichnen, die sich an dem von ihnen bewohnten Wohnraum orientiert. Darüber hinaus können sie weiteres Geld anlegen und dafür eine Gewinnausschüttung erhalten

– derzeit zwei Prozent. Die Höhe der Ausschüttung kann die Mitgliederversammlung jährlich ändern. Auch für Nichtwohnversorgte ist es möglich, Anteile zu zeichnen. Sie haben als Geno-Mitglieder bei der Mitgliederversammlung jedoch nur eine Stimme, Wohnversorgte dagegen drei. Damit soll sichergestellt werden, dass die Mitglieder, die von Entscheidungen zu Wohnraum, Nebenkosten oder Mieten unmittelbar betroffen sind, nicht so einfach überstimmt werden können.

Sozial - Ökologisch - Selbstbestimmt

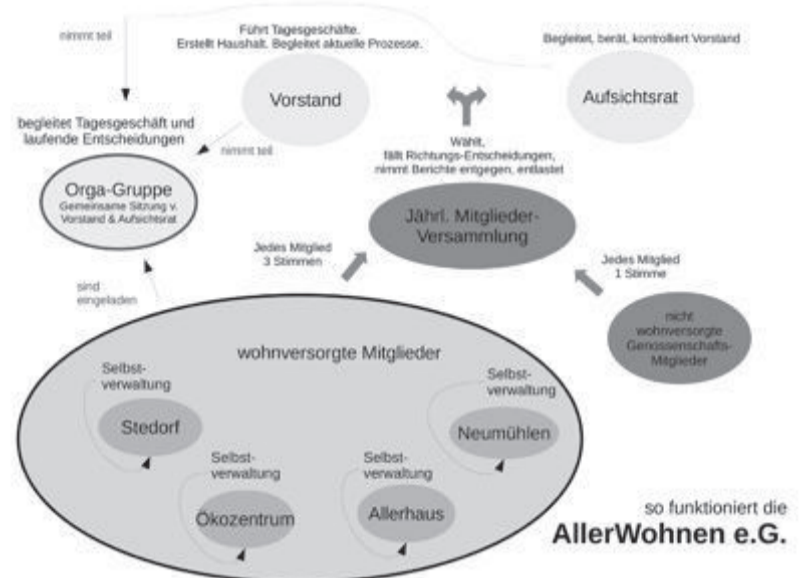
Die Wohnprojekte von AllerWohnen sollen ebenso wie die ganze Genossenschaft soweit wie möglich sozial, ökologisch und selbstbestimmt sein. Auf sozialer Ebene können die Projektgruppen über die Verteilung ihrer Mieten und Pflichteinlagen selbst bestimmen. Die Höhe der Mieten soll möglichst gering sein. Außer der gemeinsam jährlich festzusetzenden Gewinnausschüttung an nicht wohnversorgte Genoss*innen werden keine Gewinne angestrebt. Über die Miete sind aber projektbezogen bei Laufzeiten von etwa 30 Jahren die Bankzinsen und -darlehen für Kauf und Sanierung der Immobilien zu tragen sowie die Instandhaltungskosten.

Eine zweite Säule ist das ökologische Bauen und Wohnen. Das bezieht sich nicht nur auf die verwendeten Materialien beim Ausbau - recycelt, regional, möglichst natürlich. Geachtet wird auf sorgfältige Dämmung und

Lüftungssysteme oder auf die gewählten Heizverfahren bzw. Stromlieferanten. Gemeint ist auch, dass nicht zu wenige Menschen in zu großen Räumen wohnen sollen. Die Sanierung bestehender Bausubstanz hat Vorrang vor Neubauten.

Die dritte Säule ist die Selbstverwaltung. Die Bewohner*innen treffen selbst die Entscheidungen, die ihr Haus betreffen. Sie klären Fragen des alltäglichen Zusammenlebens wie Reparaturen, unterschiedliche Bedürfnisse oder gemeinsame Feste. Sie planen künftige Ausbauten und Reparaturen, berechnen Nebenkosten selbst, tragen Mietausfälle gemeinsam und bestimmen, mit welchen Menschen sie zusammen wohnen wollen. Möglichst jedes Projekt entsendet ein oder zwei Personen in Vorstand und Aufsichtsrat. Beide Gremien tagen regelmäßig gemeinsam in der »Orga-Gruppe«.

Anfangs kam es auch zu Fehlscheidungen, wie den Einbau von drei Fahrstühlen in einem barrierearmen Reihenhauses-Neubau. Hier hatte sich die ursprüngliche Projektgruppe mit ihren baulichen Vorstellungen gegenüber der Bauplanung der AllerWohnen durchgesetzt. Diese sah zunächst nur einen Fahrstuhl mit einem langen Außengang im oberen Stockwerk vor. Noch vor Fertigstellung zerstört sich die Projektgruppe so, dass es nicht zum Einzug kam. Die immensen Prüfungs- und Wartungskosten für drei Aufzüge blieben der Genossenschaft erhalten. Sie stellen die Mieter*innen des Wohnhauses noch heute vor finanzielle Herausforderungen.



Einmal im Jahr finden genossenschaftsinterne »Haus-TÜVs« statt: Bei mehrstündigen Terminen werden alle Wohnhäuser und -räume in allen Projekten von Freiwilligen aus den Hausgemeinschaften und einer externen Bauexpertin (Architekt*in, Bauingenieur*in, etc.) auf bauliche Schäden und Risiken untersucht. Die Hausgemeinschaft muss die gefundenen Mängel jeweils nach Dringlichkeit binnen eines Jahres beheben. Tut sie das nicht oder nicht ausreichend, muss sie für die Kosten aufkommen, wenn von der Genossenschaft externe Firmen dafür beauftragt werden.

Das Büro wird derzeit vorwiegend ehrenamtlich geführt. Eine Verwaltungskraft auf Minijob-Basis stellt eine wichtige Unterstützung dar. Die Buchhaltung wurde an ein Steuerbüro abgegeben. Ein Vorstandsmitglied mit erhöhtem Aufwand arbeitet zudem auf Honorarbasis. Auf diese Weise gelingt es bisher, die Baubegleitungen und Verwaltungsbedarfe der Projekte zu bewerkstelligen. Jedes Wohnprojekt beteiligt sich zunehmend an den aufkommenden Verwaltungskosten, um die Geschäftsführung schrittweise zu stabilisieren.

Selbstverwaltung mit Risiken

Ist eine Gruppe am gemeinsamen Bauen mit der AllerWohnen interessiert, so wendet sie sich möglichst mit einem in Aussicht stehenden Grundstück bzw. Wohnhaus an diese. Das persönliche Kennenlernen spielt eine große Rolle, da Vertrauen in die beteiligten Menschen und gemeinsam getragenen Strukturen

die »Hauptwährung« darstellt. Ist dies erfüllt, muss die Gruppe im Austausch mit dem Büro der Orga-Gruppe einen Finanzplan vorlegen. Ein*e externe Projektbegleiter*in ist hier für beide Seiten von enormer Hilfe, aber keine notwendige Voraussetzung, wenn die Gruppe selbst Know-how und Kapazitäten mitbringt.

Die einzelnen Gruppenmitglieder werden dann Genoss*innen per Beitritt und Zeichnung einer nicht verzinsten Einlage. Mit diesen Einlagen und gegebenenfalls weiteren Bankkrediten wird das Grundstück von der AllerWohnen gekauft. Bis zu diesem Zeitpunkt haftet die Gruppe allein für alle Kosten. Auch für die Anfangszeit innerhalb der Genossenschaft wird versucht, klare Haftungsmechanismen für die Bauabschnitte zu stricken. So wurde bei dem neuesten Wohnprojekt die Umwandlung von Mitgliederdarlehen in Genossenschaftsanteile nach erfolgreichem Grundstückskauf vertraglich geregelt, um beiden Seiten Unannehmlichkeiten zu ersparen, wenn das Projekt vor Baubeginn gescheitert wäre.

Lür Wettenfeld, der die Genossenschaft schon seit ihrer Gründung begleitet, betont: »Die AllerWohnen hat diese Bodenständigkeit, zu sagen: Wir fördern Projekte, wenn sie auf der Matte stehen und was wollen. Das ist wichtig: Hilfe zur Selbsthilfe. Teilhaber sein und mitentscheiden, aber auch mit verantwortlich sein. Es ist wichtig, dass die Leute selber eine Leidenschaft für etwas haben! Du kannst es ihnen nicht aufsetzen, das gilt für selbstverwaltetes Wohnen ganz besonders.«

BUCHBESPRECHUNG

Kommunen können für bezahlbaren Wohnraum etwas tun

Das Buch »Genossenschaftliche Wohnraumproduktion in Zürich & München« untersucht gemeinschaftliche Wohnbauprojekte in der Schweiz und Deutschland explorativ, vergleichend und diagrammatisch. Inhaltlich ist die Veröffentlichung eine große Bereicherung, da die Autorinnen komplexe städtische Systeme des Bauens in zwei Metropolen erkenntnisbereichernd aufarbeiten.

BURGHARD FLIEGER,
REDAKTION GENOSSENSCHAFTEN

Bei den im Mittelpunkt stehenden zwei Quartieren in Zürich und München wurden durch Genossenschaften innovative Konzepte des Wohnens auf den Weg gebracht, die unter widrigen, weil hochpreisigen Marktbedingun-

gen entstanden, ihresgleichen suchen. Deutlich wird, dass zur Entwicklung menschenwürdigen Wohnversorgungen letztlich nur Wohnungsgenossenschaften in stande sind. Diese Organisationsform allein reicht aber nicht aus. Hinzukommen muss eine kommunale Wohnungspolitik, die offen ist für Experimente und neue Formen des sozial-ökologischen Bauens. Deutlich wird auch, dass etablierte Wohnungsbau-genossenschaften für solche Konzepte zu geringe Innovationskraft aufweisen und zu wenig Bürgerbeteiligung zulassen. Erst in Zusammenarbeit mit neuen genossenschaftlichen Akteuren, die Menschen, Stadtplaner und Architekten mitnehmen, die sich vernetzen und vernetztes Denken praktizieren, können Visionen eines anderen Lebens in der Stadt Wirklichkeit werden.

In Zürich steht im Mittelpunkt die Genossenschaft »mehr als wohnen«, ein Zusammenschluss der Sektion Zürich des Verbands der Baugenossenschaften mit 55 Genossenschaften, diversen Stiftungen und Einzelpersonen. Sie entwickeln über diese gemeinsam und offen das Hunziker Areal. In München geht es um das Quartier DomagkPark. Hier wurde das Baugelände nach dem vor Ort mittlerweile üblichen »Drittelmix« vergeben: ein Drittel private Investoren, ein Drittel städtische Wohnungsgenossenschaften und ein Drittel Baugruppen und Wohnungsgenossenschaften mit Konzeptvergabe. Unter letzteren befinden sich die WOGENO eG, die Wagnis eG sowie FrauenWohnen eG. Mit Hilfe der verschiedenen wohnungsgenossenschaftlichen Ansätze

sind in beiden Quartieren Ökosysteme mit sozialen und stadtteilbezogenen Lebensräumen entstanden, die diese Bezeichnung verdienen. Bei deren Entwicklung wurde Wohnwissen in unterschiedlichen Formaten zusammengetragen und zur Diskussion gestellt. Das Ergebnis sind zwei »Mekka's« zukunfts-fähigen Bauens, die als Blaupause für Kommunen, Stadtplaner und genossenschaftliche Kooperationsverbände bei der ökologischen und sozialen Gestaltung neuer Quartiere dienen sollten. Eine Veröffentlichung trotz Mängeln bei Schriftbild und Lay-Out, die durchweg lesenswert ist.

Wiederhöfer, Anais / Wolfart, Lena: Everyday Urban
Design 4. Genossenschaftliche Wohnraumproduktion
in Zürich & München: Akteur*innen, Prozesse, Modelle, Regularien, Berlin (botopress) 2019, 13,00 Euro.

ANZEIGE

iz3w
Der Lauf der Mode – Ästhetik & Ausbeutung
Außerdem:
Proteste in Irak/Iran |
Ausstellung »Fiktion Kongo« |
Interview mit Léonora Miano
52 Seiten, € 6,-
www.iz3w.org

ÜBER DEN TELLERRAND

40 JAHRE »RUDE BOY« VON »THE CLASH«

Hommage an einen Roadie

Im selben Jahr wie der »Sex Pistols«-Film »Great Rock'n'Roll-Swindle« erschien auch ein Film über »The Clash« (1976-1986) - »Rude Boy« - im Kino. Beide Bands waren prägend für den 77er Punk und präsentierten dabei doch ganz unterschiedliche Zugänge. Erstgenannte verkörperten den Nihilismus des frühen Punks (No Future!) in Reinkultur, während The Clash bereits die politische Facette verkörperte, was sich u.a. an ihren Auftritten beim Rock against Racism!-Festival im Jahr 1978 oder in der Namensgebung ihres Albums »Sandinista!« (1980) in Hommage an die Sandinist*innen in Nicaragua zeigte. Zudem bereiteten The Clash mit der Verarbeitung und Integration von Elementen aus dem Reggae und dem Folkrock späteren Strömungen innerhalb des Punkrocks den Weg.

MAURICE SCHUHMANN, BERLIN

Im Zentrum der Pseudo-Dokumentation von »Rude Boy« steht der Roadie Ray Gange, der sich selbst spielt und auch am Drehbuch beteiligt war. Er durfte damit der bekannteste Roadie Englands sein - und tourte u.a. im Jahr 2010 mit den Dropkick Murphys. Es ist vielleicht eine der wichtigsten Hommagen an jenen häufig romantisierten Beruf. Ray malocht anfangs in einem Sexshop, bevor er diesen Job hinschmeißt und als Roadie bei The Clash einsteigt, um aus der Langeweile seines Lebens auszubrechen.

Der hierfür gewählte Titel verwundert aus heutiger Sicht. Es ist eine Hommage an die Rudeboy-Subkultur, eine aus Jamaika importierte Subkultur, die u.a. die Mod- und die frühe Skinhead-Kultur (Spirit of 69) beeinflusste. Rude Boy ist ursprüngliche eine Bezeichnung für eine jamaikanische Subkultur in den Ghettos von Kingston und kam über jamaikanische Einwander*innen nach Großbritannien. In einem Nebenstrang geht es um ein paar junge Rude Boys, die sich als Kleinkriminelle durchschlagen.

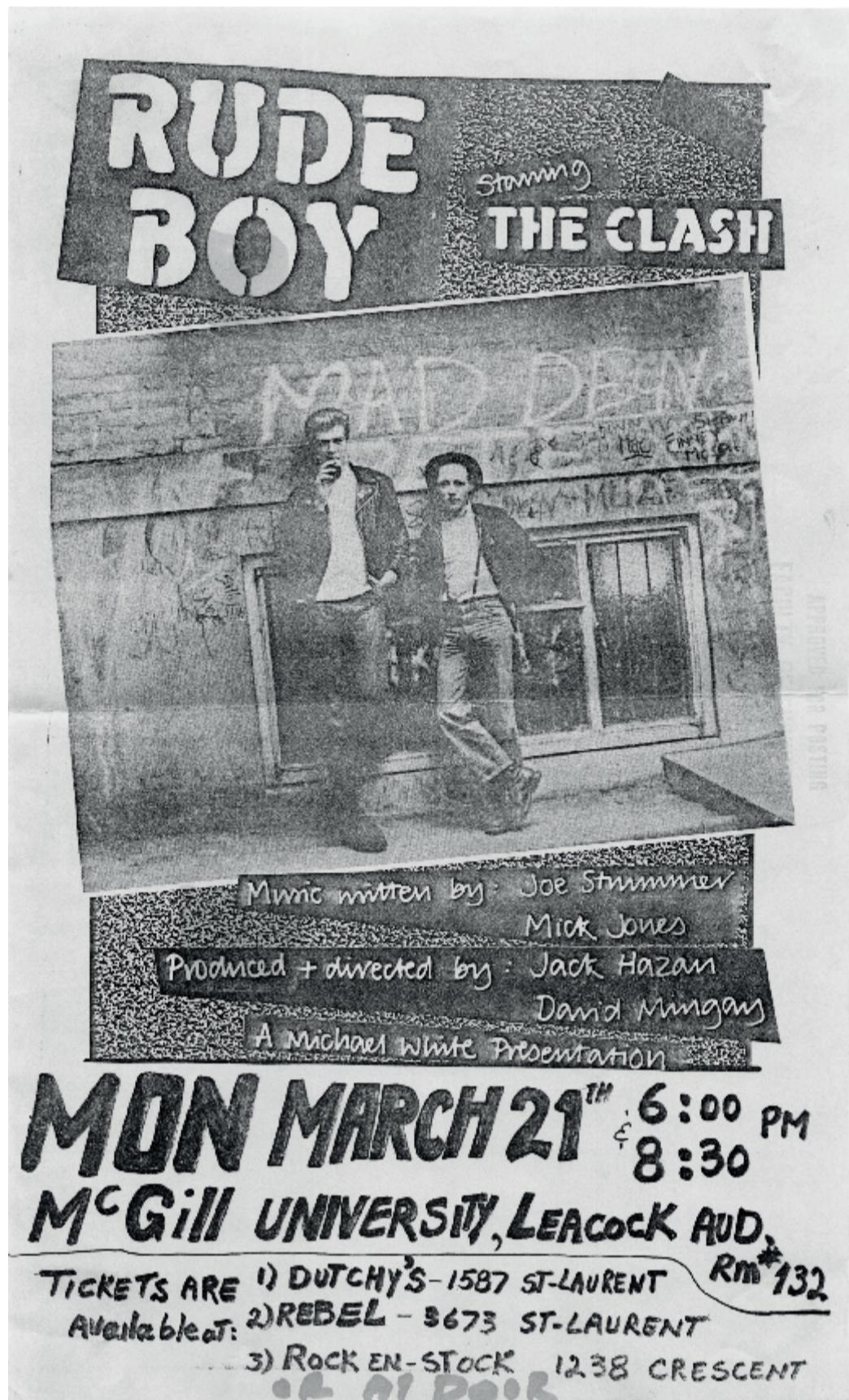
Unvergessen bleibt die Szene, in der Ray Joe Strummer den Sänger der Band auf dessen Brigade Rosse-Shirt anspricht und erklärt, dass es

sich um den Namen einer Pizzeria handeln würde. Ray diskutiert wiederholt mit Mitgliedern der Band deren politisches Engagement für die Antinazi-League und linke Politik im Allgemeinen, wobei die Bandmitglieder klar Stellung beziehen. Ein bedeutender Teil des Films sind natürlich auch Aufnahmen von Live-Auftritten von The Clash. Zu den bekannteren Protagonist*innen im Film gehören auch Jimmy Pursey, Sänger der legendären Oi!-Punkband »Sham 69« (»If the Kids are united...«), Caroline Cocon, eine Journalistin und feministische Politaktivistin, und die Autorin Elisabeth Young.

Sowohl als Musikfilm, der viele der großen Clash-Hits wie »I fought the law«, »White Riot«, »London's burning« oder »Rudie can't fail« beinhaltet, als auch als Zeitdokument zur ersten Welle des britischen Punkrocks ist er sehr empfehlenswert. Es ist mehr als nur ein Clash-Film - es ist auch gleichzeitig ein Sittengemälde von England zu Beginn der 1980er Jahre. Der Film wurde 1980 für den Goldenen Bär bei der Berlinale nominiert. Er spricht sowohl die Homophobie in England an als auch die zeitweiligen Erfolge von der rechtsextremen Nationalfront (NF). 35 Jahre später wurde der Film auch auf Blu-ray mit zusätzlichem Bonusmaterial wiederveröffentlicht.

Zwischen der Band und den Produzenten Jack Hazan und David Mingay kam es allerdings damals zu finanziellen Zwistigkeiten. Nach Angaben von Strummer hat die Band nie Geld für den Film gesehen. Weitere sechs Jahre nach dem Film existierte die Band noch, bevor sie sich auflöste und die Bandmitglieder eigene Wege gingen. Neben dem Film existiert auch eine sehr gute Dokumentation über den Sänger Joe Strummer, der u.a. zeitweilig als Sänger bei der legendären Irish Folk Band »The Pogues« einstieg und sich in Filmen wie »Mystery Train« als Schauspieler versuchte, - »The Future Is Unwritten«.

Anlässlich des 40. Jahrestages des Erscheinens wird der Film in diversen linken Locations und Kinos gezeigt.



▲ Plakat für eine Vorführung von »Rude Boy« im Jahr 1983

Foto: Betty_Woo / flickr.com (CC)

Polizei-PR nach Silvesternacht in Leipzig

Was auch immer genau in der Nacht vom 31. Dezember 2019 auf den 1. Januar 2020 in Leipzig geschah, viele Medien veröffentlichten erst einmal die Polizeimeldungen ungeprüft. Die nächsten Tage zeigten: Da wurde dramatisiert, zum Teil glatt gelogen. Der schwerverletzte Polizist - ein Märchen. Der brennende Einkaufswagen, in die Polizeireihen geschoben - den gab es nicht. Organisierte Gruppen, die Polizei attackierten - nirgends irgendein Nachweis. Eher scheint es umgekehrt. Nach Recherchen veröffentlichte BuzzFeed News Deutschland am 10. Januar recht wahllose Angriffe der Polizei auf Partygäste und einen insgesamt eher unkoordinierten Einsatz in der Silvesternacht. Stefan Jarolimek, Professor an der Deutschen Hochschule der Polizei, erklärte auf Spiegel Online am 11. Januar: »Die Kommunikation war unglücklich.« Das ist angesichts der offensichtlichen Falschmeldungen sehr milde

ausgedrückt. Vermutlich wird die Polizei dafür keine Konsequenzen zu spüren bekommen, während per Schnellverfahren ein Partygast schon Tage später zu einem halben Jahr Haft auf Bewährung verurteilt wurde - weil er einem Beamten ein Bein stellte. Dieser wurde nicht verletzt.

Weitere Berichte auf <https://de.indymedia.org/node/57755> und im MDR.

Illegale Übergriffe in Psychiatrie wirksam verfolgen

Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden, dass bei Fixierungen und anderen Zwangsmaßnahmen ein Recht darauf besteht, die mögliche Strafbarkeit solcher Handlungen überprüfen zu lassen. Stellt ein Patient Strafanzeige, dürfen Gerichte und Staatsanwaltschaften das Verfahren nicht ohne genaue Prüfung einstellen. Vielmehr hat das Bundesverfassungsgericht Kriterien festgelegt, was als Übergriff gilt (Beschluss vom 15. Januar 2020, Az.2 BvR 1763/16): »Ob ein

REPRESSIONS- UND RECHTSFÄLLE

Eingriff in die persönliche (körperliche) Freiheit vorliegt, hängt dabei allein vom tatsächlichen, natürlichen Willen des Betroffenen ab. Fehlende Einsichtsfähigkeit lässt den Schutz des Art. 2 Abs. 2 GG nicht entfallen; die Freiheit ist auch dem psychisch Kranken und nicht voll Geschäftsfähigen garantiert.« Ärzte und medizinisches Personal können nun strafrechtlich verfolgt werden, wenn sie ohne rechtswirksamen Beschluss eines Gerichts Zwangsmaßnahmen ergreifen, die sich später als Unrecht erweisen.

Link: <https://www.zwangspanychiatrie.de/2020/01/wichtiges-urteil-des-bundesverfassungsgerichts>

Das Recht der Whistleblower

Spätestens seit den spektakulären Fällen von Chelsea Manning, Edward Snowden und Julian Assange läuft eine intensive Debatte über Vor- und Nachteile eines rechtlichen Schutzes von Menschen, die »Geheimnisse« verraten. Die Genannten haben das, wie viele andere Unbekanntere, aus

ideellen Gründen gemacht und dafür nicht nur ihren Job, sondern auch ihre Freiheit aufs Spiel gesetzt. Das war ein hoher Preis, der einschüchtern sollte. Von Strafen für Whistleblower profitieren vor allem diejenigen, die ein Interesse an Geheimhaltung haben. Wie sieht die Rechtslage genau aus? Auf www.whistleblower-net.de wird die deutsche und die internationale Lage genauer dargestellt, ebenso im Buch »Die Strafbarkeit des Whistleblowers« von Matthias Soppa (2018, Tectum bei Nomos in Baden-Baden, 277 Seiten, 54 Euro). Die Brillanz des Buches geht am Ende etwas verloren, als der Autor einen eigenen Vorschlag für eine neutrale Stelle vorstellt, an die sich Whistleblower angestricheln können. In einer von Funktions- und Deutungseliten dominierten Gesellschaft gibt es keine interessenfreien Räume. Ein solches Gremium wäre vielmehr umkämpfter Raum, in dem sich die bestehenden Machtverhältnisse widerspiegeln würden.

Rückblick aus dem Ermittlungsausschuss: Hambü-Räumung

Die Räumung des Hambacher Forsts wird für viele, die sie miterlebt haben, lange ein wichtiges Erlebnis bleiben. Ob traumatisiert von Polizeigewalt oder begeistert von der Unterstützung durch so viele Menschen, ob glücklich wegen positiver Berichterstattung oder genervt von der Übernahme des Protests durch große Nicht-Regierungsorganisationen, die sich sonst wenig eingebracht haben, jetzt aber den Protest und seine Formen bestimmen wollten. Eine Person aus der Antirrr hat jetzt ihre Erfahrungen im Ermittlungsausschuss (EA, Legal Team) in einem sehr persönlichen Bericht aufgeschrieben, hier zu lesen: <http://antirrr.nirgendwo.info/2019/12/29/die-hambi-raeumung-im-ea-ein-erfahrungsbericht/> (aus dem Newsletter Klima-Antirepression #12 - Januar 2020)

Jörg Bergstedt



ZUKUNFTSWERKSTATT ZUM THEMA GESUNDHEIT UND SORGE-ARBEIT

Für die Zukunft sorgen

Im Jahr 2048 gibt es: Kiez-Küchen, Gesundheitshäuser, das Recht auf Assistenz, umfassende Barrierefreiheit, Wahlrecht für Menschen mit Beeinträchtigung. Im Jahr 2048 gibt es nicht mehr: Zwei-Klassen-Medizin, das Wort »Inklusion«, Krankenhäuser, Pflegeheime, den größten Pflegedienst des Jahres 2019.

ANNE PINNOW, KONZEPTWERK NEUE ÖKONOMIE

Der Fokus der Zukunftswerkstatt lag auf den Themen Krankenhaus, Pflege und Behinderung sowie unbezahlte Hausarbeit. Hier zeigt sich zugespitzt die Krise moderner kapitalistischer Gesellschaften: Lebensnotwendige Sorgearbeiten und die Bedürfnisse von Menschen werden vernachlässigt, während Wettbewerbsfähigkeit, Schwarze Null und Standortsicherung Priorität haben. In einem ersten Schritt wurde die aktuellen Probleme im Sorgebereich gesammelt. Dabei wurde deutlich, dass der Sektor stark von Diskriminierung geprägt ist: Geflüchtete sind oft aus dem Gesundheitssystem ausgeschlossen; häusliche Arbeit wird oft von Migrantinnen unter sehr schlechten Arbeitsbedingungen erledigt; die Arbeitsbedingungen im gesamten Sorgebereich – in dem zu etwa 90 Prozent Frauen* tätig sind – sind meist schlecht.

Durch die Beschäftigung von Migrantinnen in der Sorgearbeit entstehen auf globaler Ebene Sorge-Lücken: Migrierte Frauen, die hier in der Pflege tätig sind, können nicht für ihre eigene Familie im Herkunftsland sorgen. Die Inklusion von Menschen mit Behinderung gelingt schlecht, überall werden Menschen behindert gemacht: Es gibt vielfältige Barrieren im öffentlichen Raum, oft nur unzureichenden Anspruch auf Assistenz und kein Wahlrecht für viele Betroffene. Eine wesentliche Ursache für die Situation im Gesundheitssystem wurde in der Ökonomisierung gesehen, also in der Ausrichtung auf Gewinnerwirtschaftung im Gesundheitssektor. Sie führt zu miesen Arbeitsbedingungen, schlechter ambulanter Versorgung und unzureichender gesellschaftlicher Teilhabe – besonders für beeinträchtigte Menschen, aber auch für viele andere.

Visionäres Denken

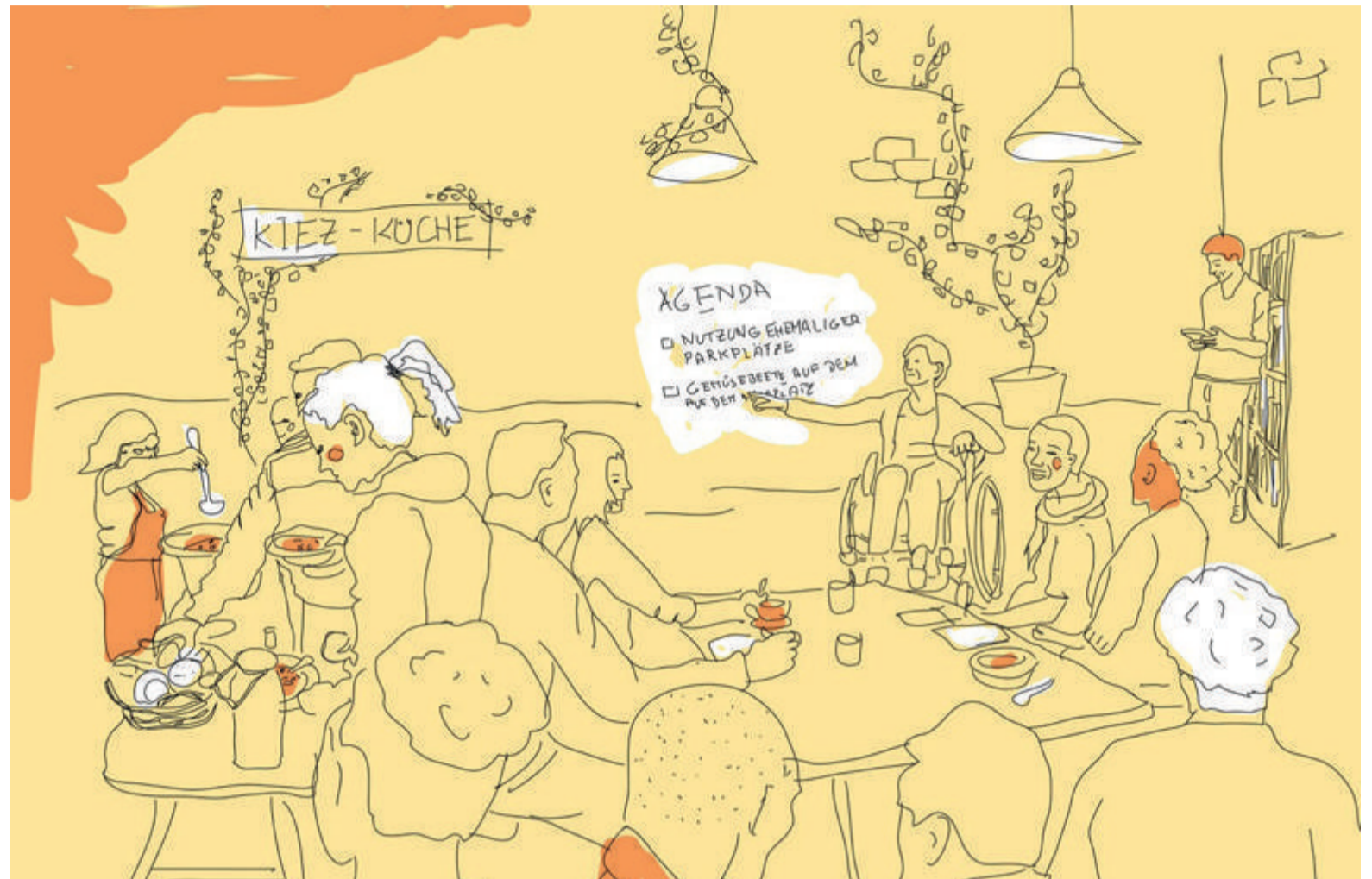
1. Gemeinschaftliches Leben // Kiezküche

Im Jahr 2048 ist gemeinschaftliches Zusammenleben weit verbreitet. Die Menschen leben überwiegend in Wohngemeinschaften oder in Wohnprojekten. Hier verwalten sie den Wohnraum selbst und unterstützen sich auch in ihrem Alltag: Putzen, Kochen und Pflegen werden als gemeinschaftliche Aufgaben gesehen. Innerhalb der Wohngemeinschaften wechseln sich die Leute damit ab. Sie kochen häufig füreinander und versorgen sich, Kinder und Ältere gemeinsam. Auf Grundlage dieser Gegenseitigkeit werden in den Wohngemeinschaften zeitliche Freiräume für alle geschaffen und Stress reduziert, weil Aufgaben auf mehrere Leute verteilt sind.

Ein zentraler Ort in jeder Nachbarschaft ist die »Kiez-Küche«. Sie ist ein öffentlicher Raum, wo Anwohner*innen täglich kochen und die Nachbarschaft mit einer Mahlzeit versorgen. Hier gibt es Essen für alle mit Gemüse von der nahe gelegenen solidarischen Landwirtschaft. Beim Essen kommen die Leute aus der Nachbarschaft miteinander in Kontakt, die Anwohner*innen kennen sich. Hier werden Pläne geschmiedet, es gibt Raum für politische Debatten und persönlichen Austausch. Dieses Forum für die Meinungsbildung erleichtert es auch, später basisdemokratische Entscheidungen zu treffen.

2. Barrierefreiheit

Im Jahr 2048 kennt niemand mehr das Wort »Inklusion«, weil es nicht mehr nötig ist. Wohnungen, Wege, öffentlicher Verkehr, Behörden und Naherholungsgebiete sind barrierefrei. Menschen mit Beeinträchtigung sind sichtbar und Teil des gesellschaftlichen Lebens. Sie wohnen so, wie sie es sich aussuchen. Alle Pflegeheime wurden vor langer Zeit geschlossen. Ganz wie die Menschen es benötigen, um Teil des gesellschaftlichen Lebens zu sein, werden sie von einer Assistenz unterstützt, die sie sich aussuchen können (wie auch die assistierende Person wählen kann, wen sie unterstützen



▲ Im Jahr 2048 ist ein ein zentraler Ort in jeder Nachbarschaft die »Kiez-Küche«.

Illustration: Mona Hofmann

möchte). Das steht jeder Person zu. [...] Im Jahr 2048 selbstverständlich: Menschen mit Beeinträchtigung sind wahlberechtigt und bestimmen Entscheidungen, soweit es für sie möglich ist, selbstverständlich mit.

3. Das Gesundheitshaus // Krankenkasse für alle

Im Jahr 2048 ist das Gesundheitshaus (früher als »Krankenhaus« bekannt) ein öffentlicher Raum. Informationsveranstaltungen zum Körper und über Gesundheit werden angeboten, es ist ein Ort sportlicher Betätigung und Anlaufstelle für Sozial- und Rechtsberatung. Alle Menschen – unabhängig von finanziellen Ressourcen – erhalten die selbe medizinische Versorgung. Krankenkassenkarten sind Teil der Vergangenheit. Alle Menschen beteiligen sich an der Finanzierung der öffentlichen Gesundheitsversorgung. Krankheit wird als gesellschaftliche Tatsache verstanden. Zuvor wurde krank sein als individuelle Problemlage und sogar eigenes Verschulden interpretiert.

Das Gesundheitshaus ist im Stadtteil verwurzelt, die Mitarbeitenden sind mit dem Viertel und seinen Besonderheiten vertraut. Sie wissen, was die Menschen beschäftigt, was gesundheitlich förderlich ist und was sie krank macht. Erst wenn die sehr gut ausgebaute ambulante Versorgung nicht mehr ausreicht, gehen die Menschen ins Gesundheitshaus, um sich medizinisch versorgen zu lassen. [...]

Wie fast alle Organisationen ist auch das Gesundheitshaus selbstverwaltet. Die Mitarbeitenden sind gleichberechtigt und gestalten ihren Arbeitsalltag selbstbestimmt. Wegen dieser Gleichstellung der Tätigkeiten sind auch die Einkommen angeglichen, Ärzt*innen verdienen genau so viel wie Pflegenden und Putzende. Konsequente Forschung hat dazu beigetragen, dass nun fast alle medizinischen Geräte und Versorgungsmittel so gereinigt werden können, dass sie wiederverwendbar sind. Müll entsteht im Gesundheitshaus kaum noch.

Strategien zur Umsetzung

Lange Zeit war es für Menschen aus dem Sorge-Bereich sehr schwer, ihre Interessen zu vertreten. Proteste fanden meist im Rahmen von Tarifverhandlungen durch Gewerkschaften in Krankenhäusern statt. Unbezahlte Hausarbeit wurde lange nicht als Arbeit wahrgenommen. Auch Pflegenden und Menschen, die Unterstützung erhalten, waren nicht Teil des öffentlichen Diskurses. Sie waren nicht sichtbar, kaum jemand kannte ihre Geschichten. In den 2020ern änderte sich jedoch einiges.

Das schönste Bild waren die über 5.000 Senior*innen und Rollstuhlfahrer*innen, die im April 2021 den Berliner Stern blockierten. Sie organisierten sich und gründeten einen großen Dachverband. Ausschlaggebend dafür waren die Enthüllungen der Missstände in Pflegeeinrichtungen, die unter dem Hashtag #menschenwürdig an die Öffentlichkeit gelangten.

Zeitgleich erfuhr der feministische Streik immer mehr Unterstützung. Unterschiedliche Menschen und Gruppen fingen an, sich unter dem Dach des Feminismus zu versammeln: Menschen, die ihre Angehörigen und Kinder versorgen, Alleinerziehende, Krankenhausangestellte, Altenpfleger*innen, Erzieher*innen und viele Arbeitnehmer*innenvertretungen. Auch Schüler*innen, Studierende und Auszubildenden fingen an, sich für ihre Zukunft und Selbstbestimmung einzusetzen und schlossen sich der feministischen Bewegung an.

Diese Vielfalt zeigte sich auch in den zunehmend umfassenderen Forderungen, die gestellt wurden. Von der Beendigung des Pflegenotstands, über bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne im Gesundheitssektor, wurde eine Frauenquote in allen Ämtern und Posten von 50 Prozent gefordert, eine Bürgerversicherung sollte die Zwei-Klassen-Medizin beenden und eine 25-Stunden-Woche eine gleichberechtigte Aufteilung der privaten Haus- und Sorgearbeit unterstützen. Anfängliche Demonstrationen mündeten in tagelanger Arbeitsniederlegung von Millionen Beschäftigten und zum Aussetzen privater Haus- und Sorgearbeit. Diese wiederholten Streiks in immer kürzeren Abständen führten dazu, dass die Versorgungslage in den privaten Haushalten aber auch in allen Versorgungseinrichtungen zusammenzubrechen drohte. In dem Moment übernahmen viele Männer die Versorgung ihrer Angehörigen, Freund*innen und anderer Menschen. Dies mündete in einem massiven Einbruch der »traditionellen Erwerbsarbeit«. Während vor allem Männer nun die Versorgung leisteten, wurde klar, dass sie kaum noch Zeit für ihre Erwerbsarbeit hatten. Den Gewerkschaftsfunktionär*innen blieb nichts anderes übrig, als die 25 Stunden-Woche als neue Vollzeit auszurufen. Anders wäre es nicht möglich gewesen, Erwerbsarbeit zu leisten und sich um andere zu sorgen, so das Fazit der Gewerkschaften, das von Politiker*innen unterstützt wurde (zu dem Zeitpunkt waren noch 70 Prozent der Bundestagsabgeordneten Männer).

Dass der Notstand nicht eingetreten ist, war vielen Pionier*innen im Gesundheitssystem zu verdanken. Schon Jahre zuvor gab es Initiativen, die an Konzepten von selbstverwalteten Krankenhäusern und Polikliniken arbeiteten und diese auch umsetzten. Dank der Vorbilder und

des Wissens, das in diesen Kollektiven entstanden war, konnte der Notstand aufgefangen werden. Konzepte und Strukturen der Pioniere wurden zu den neuen Standards.

Einen langen Atem bewiesen auch die »Care-Räte«. Diese entstanden nach diversen gesundheitspolitischen Kampagnen und gründeten sich anfangs vereinzelt in einigen Städten. Vertreten waren private Pflegenden, Angestellte aus dem Gesundheitsbereich, Erzieher*innen, Gewerkschaften, Menschen aus der Altenpflege, Entscheidungsträger*innen von Krankenhäusern und Altenheimen, Politiker*innen und Pioniere, die bereits an alternativen Versorgungsstrukturen arbeiteten. Die Care-Räte wirkten beharrlich auf lokaler Ebene an der Verbesserung der Versorgungslage und den Arbeitsbedingungen für die Angestellten.

Ein wichtiger Schritt, der nur durch die Care-Räte möglich war, war die Einführung der Bürgerversicherung. Nachdem zahlreiche Studien und Überlegungen zur Bürgerversicherung erfolgten, wurde das Vorhaben in drei Modellstädten getestet. Das Ergebnis: Für die meisten Menschen (außer den Spitzenverdiener*innen) entstand kein höherer Beitrag für die Krankerversicherung, ihre Leistungen wurden qualitativ besser und das Verhältnis zu den Pflegeinstitutionen wurde vertrauensvoller.

Die Teilnehmerinnen der Zukunftswerkstatt waren Aktive von: Medibüro Berlin, Poliklinik Veddel in Hamburg, Pflegenden, Menschen aus der behindertenpolitischen Arbeit (AK moB), Vertreterinnen der migrantischen Initiativen »Respect Berlin« und »Stimme Magazin« sowie Aktive des »Netzwerk Care Revolution«, Patientenbeauftragte der Berliner Kliniken sowie ein Vertreter der LAG Gesundheit.

Weiter diskutieren

Der Kongress »Zukunft für alle. gerecht. ökologisch. machbar.« findet vom 25. bis 29. August 2020 auf dem Sportcampus der Universität Leipzig statt. Anstatt uns von Klimakrise und Rechtsruck entmutigen zu lassen, wollen wir auf dem Kongress gemeinsam positive Visionen entwickeln, teilen und diskutieren. Wir wollen Menschen zusammenbringen, die in unterschiedlicher Weise bereits an einer anderen Gesellschaft arbeiten: in der Praxis, in sozialen Bewegungen, in Medien und Bildung, in Wissenschaft und Politik, Gewerkschaften und NGOs. Der Kongress soll auch ein Ort für alle sein, die Lust haben, über Utopien und Transformation nachzudenken, ob Einsteiger*in oder Pionier*in.

SCHWERPUNKT WIE WOLLEN WIR 2048 LEBEN?



ZUKUNFTSWERKSTATT ZUM THEMA MOBILITÄT

Von autofreien Städten und Stromstrampeln

Im Jahr 2048 gibt es: autofreie Städte und Dorfkerne, ein anderes Konzept von Urlaub, Züge mit Begegnungsräumen, Fahrradstraßen mit ökologischen Einkaufsmöglichkeiten. Im Jahr 2048 gibt es nicht mehr: eine starke Autolobby, Kurzflüge, Massentourismus.

KAI KUHNHEHN, KONZEPTWERK NEUE ÖKONOMIE

Das Bild flimmert auf, zu sehen ist eine Talkrunde, Kameraschwenk auf die Bühne, die Moderatorin Manny-Oda Delitzsch (MOD) wendet sich an die Zuschauer*innen:

MOD: Sehr geehrte Damen und Herren, willkommen bei Talktalktalk, dem Polit-Talk am Montag Abend. 2020, also vor zehn Jahren hat der Berliner Senat entschieden, dass Berlin die erste autofreie Stadt Deutschlands werden sollte, es folgten die Städte Bremen, München, Essen, Köln und viele weitere. Stuttgart und Frankfurt sind mittlerweile die einzigen Kommunen, die noch die private Nutzung von Autos erlauben. Und die autofreie Welle geht weiter und zieht auf's Land: Neben dem Wendland, den Strukturwandelregionen der alten Braunkohlegebieten und Tourismusregionen wächst die Zahl der Gemeinden, die sich für autofreie Dorfkerne entscheiden, rasant. Bei mir im Studio habe ich heute die Verkehrsministerin der Grünen-Fraktion Frau Vahide Mousa (VM), die Aktivistin Angela Kirios (AK) und den Vorstand des Bundes der Deutschen Industrie Bernato-Dimitri Ingsheim (BDI). Frau Ministerin, wie konnte es im Autoland Deutschland zu dieser Entwicklung kommen?

VM: Nun, von zentraler Bedeutung war sicherlich die ökologische Steuer- und Finanzreform im Jahr 2019 sowie natürlich die zur damaligen Zeit bahnbrechende Entscheidung des rot-rot-grünen Senats in Berlin.

AK: Das ist aber eine ziemlich einseitige Betrachtung. Was sie unterschlagen, ist die Rolle der Zivilgesellschaft – zum Beispiel die Fridays for Future-Demos seit 2018, die vielfältigen Aktionen gegen Autokonzerne, die vierteljährlichen Straßenbesetzungen in Berlin und anderen Großstädten, die Arbeit der lokalen NGOs und die Critical Mass-Aktionen. Dazu kommen noch die zahlreichen Skandale, die gezeigt haben, wie stark Politik und Automobilindustrie verflochten sind.

MOD: Lassen sie uns einen Schritt weitergehen, nämlich zu den Auswirkungen dieser Entwicklung. Herr Ingsheim, wie bewerten sie diese.

BDI: Was wir seitdem sehen, ist ein massiver Einbruch der Wirtschaft in den autofreien Städten, dazu gibt es Zahlen zur regionalen Wertschöpfung, und einen Einbruch der Automobilindustrie mit entsprechenden Entlassungen und Arbeitslosigkeit. Das Auto wurde für eine große Anzahl Menschen einfach unattraktiv gemacht, ohne dass die Konsequenzen bedacht wurden.

MOD: Frau Kirios, fällt ihr Resümee auch so negativ aus?

AK: Ganz und gar nicht. Ehrlich gesagt weiß ich nicht, von welchen negativen Konsequenzen Herr Ingsheim redet. Ich denke, die Umfragen in den autofreien Städten sprechen Bände, und das deckt sich auch mit meinen persönlichen Erfahrungen. Es ist ein komplett neues Lebensgefühl, es gibt viel mehr Platz in den Städten, den die Menschen nutzen, um sich zu treffen, gemeinsam zu verweilen, Kinder haben Platz zum Spielen. Insgesamt ist es viel ruhiger und sicherer geworden in der Stadt.

BDI: So kann man ein solches Verarmungsprogramm natürlich schön reden, aber die Zahlen sprechen für sich, die Einkommen sind gesunken und die Leute sind weniger mobil.

AK: Sie fahren weniger, weil die Läden und Grünflächen und überhaupt eine lebenswerte Umwelt mitten in ihrem Kiez sind, das ist nicht das Gleiche wie weniger mobil.

MOD: Frau Ministerin, ihr Wahlkreis liegt bei Stuttgart, eine Region, die von der Autoindustrie geprägt ist, oder zumindest war, wie sehen Sie die Entwicklung?



▲ Statt mit dem Auto geht es am »Bike to Work Day« (2012) mit dem Fahrrad zur Arbeit.

Foto: Jackman Chiu / flickr.com (CC)

VM: Ich sehe beides, natürlich spüren die Menschen bei Stuttgart aber auch in Wolfsburg und anderen Orten den Rückgang der Produktion, dem wir versuchen mit Strukturwandelmaßnahmen zu begegnen. Nach einer anfänglich holprigen Phase sehen nicht alle, aber viele ehemalige Arbeitnehmer*innen der Automobilindustrie den Umbruch positiv. Einige Jobs konnten durch kürzere Arbeitszeiten gerettet werden. Einige haben Beschäftigung im Bereich der neuen Mobilitätsstrukturen gefunden, in der Produktion von elektrischen Verkehrsträgern, als Lastenradfahrer oder im öffentlichen Nahverkehr. Wieder andere arbeiten sehr zufrieden im Sorge-Bereich, in Baden-Württemberg wurde dafür die Initiative »Care statt Verkehr« gestartet. Insgesamt konnten wir viel vom Strukturwandel in den Braunkohlegebieten lernen.

Andererseits, und das betrifft mich hier in Berlin natürlich auch ganz privat, nehme ich viele der positiven Effekte, die Frau Kirios genannt hat, auch wahr. Wobei ich dazu sagen muss, dass es natürlich nicht nur das Autoverbot war, sondern auch der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und der Radinfrastruktur. Zentral war auch die Reaktivierung von innerstädtischem Gewerbe, sodass eine Versorgung im Stadtzentrum oder Stadtviertel einfacher wurde.

BDI: Was sie da »Reaktivierung von innerstädtischem Gewerbe« nennen, hat zu massiven Einbrüchen beim Gewerbe in Außenbezirken geführt, weil niemand mehr mit dem Auto vorbeikommt!

MOD: Herr Ingsheim, bei all den negativen ökonomischen Konsequenzen, müssen Sie nicht trotzdem bezeugen, dass diese Maßnahme aus ökologischer Sicht notwendig war? Auch da sprechen ja die von Ihnen gern genannten Zahlen eine klare Sprache.

BDI: Ich werde jetzt nicht hier sitzen und behaupten, dass die autofreien Städte nichts mit dem Rückgang der Klimagase und dem Feinstaub zu tun hätten. Was ich betonen will ist, dass es einen Dreiklang braucht zwischen unbehindertem Autogenuss, laufenden Fließbändern, großzügigem Straßenbau und äh, Ökologie. Mit dem Autoverbot haben wir diesen Dreiklang nicht eingehalten, sondern die Existenzen vieler Autofahrer auf dem Altar des Klimaschutzes geopfert!

MOD: Gleichzeitig äußert sich ver.di sehr positiv und spricht über einen Boom im Bereich des öffentlichen Nahverkehrs.

BDI: Ja, ver.di freut's, die IG Metall sieht das etwas anders.

MOD: Wir haben jetzt viel über Städte gesprochen, was ist mit der Mobilität auf dem Land, sehen sie da ähnliche Trends?

BDI: Der BDI sieht das Auto auch zukünftig als verlässlichen Garant der Mobilität für die Menschen, die nicht in Städten wohnen und natürlich auch am kulturellen und sozialen Leben außerhalb ihres Dorfs teilnehmen wollen.

AK: Sie vergessen all die Menschen, die körperlich nicht in der Lage sind, selber Auto zu fahren, die sind schon lange abgehängt und dem BDI offensichtlich egal...

VM: Dem Ministerium aber nicht, wir haben zum Beispiel das Programm »Jedem Dorf seine Mitfahrerbank« aufgesetzt und prüfen gerade, ob nicht mehr Ortschaften an das Schienennetz angeschlossen werden können. [...]

MOD: Ich würde gerne noch über den Fernverkehr sprechen. Auch hier haben wir in den letzten Jahren viel erlebt: Proteste gegen Massentourismus in Venedig und Athen, regelmäßig Blockaden von Kreuzfahrtschiffen, Blockade von Flughäfen und natürlich nicht zuletzt die öffentliche Diskussion über Flugverbote für Kurzstreckenflüge, die von den sogenannten »Promis ohne Ticket« befeuert wurde. Nun fordern Sie, Frau Kirios, Flugkontingente für jede Person, die in Europa lebt, passt das denn zu einer liberalen, weltweiten, globalisierten Gesellschaft?

AK: Ja, wir fordern kurzfristig ein Limit von einem Flug in drei Jahren, langfristig mit Blick auf die hohen Emissionen und die große Klimawirkung der Emissionen in dieser Höhe Kontingente von maximal einem Flug alle zehn Jahre. Uns ist bewusst, dass das eine Einschränkung darstellt. Aber wir setzen uns gleichzeitig für Alternativen ein, z.B. den massiven Ausbau von Nachtzügen in Europa und eine nachhaltige Segelschiffahrt. Wir unterstützen außerdem den Trend zu Sabbatzeiten und fordern mehr Urlaub, damit das langsame Reisen wieder Teil davon werden kann.

BDI: Wir als BDI sehen das sehr kritisch, nicht nur, dass die Passagierzahlen eingebrochen sind, viele regionale Flughäfen mussten schon schließen, mit verheerenden wirtschaftlichen Folgen für die Regionen! Das sind absurde Forderungen, die nicht einer offenen Gesellschaft entsprechen und den kulturellen Austausch verhindern!

AK: Was sie anscheinend vollkommen ausblenden, ist die Tatsache, dass nur ein Bruchteil der Weltbevölkerung in der Lage ist, um die Welt zu fliegen. Diese Kontingente sind aus ökologischer Sicht absolut notwendig und können dabei helfen, diese Ungleichheit abzubauen.

VM: Wir sehen uns in der Tat in der Situation, dass der internationale Flugverkehr zunimmt und seitdem er auch auf unser nationales Emissionsbudget umgelegt wird, gefährdet er unsere nationalen CO₂-Ziele. Die Ticketabgabe, die wir

2020 eingeführt haben hat diesen Trend leider nicht umkehren können. Deshalb denken wir über eine Erhöhung der Abgabe nach. Ich denke auch, es gibt gerade für das Fliegen innerhalb Europas gute Alternativen, z.B. die Nachtzüge. Wo ich Frau Kirios widersprechen würde sind die Kontingente. Wir wollen viel mehr auch weiterhin auf ökonomische Instrumente setzen. Außerdem wollen wir als grüne Partei auch dafür sorgen, dass die öffentliche Verwaltung vorangeht, das heißt eine Änderung der Bundesreisekostenrichtlinie.

In einem Lernraum im Jahr 2048 schaltet Karl den Projektor aus. Das Bild flackert noch kurz und verschwindet.

Timo: Wieso war das denn so flach?

Karl: Hab ich doch erzählt, das ist schon 18 Jahre alt ist und damals haben sie noch in 2-D aufgenommen.

Matthias: Wovon hat denn dieser Bernato-Dimitri geredet, mein Vater erzählt immer, wie toll die Mobilitätswende damals war und wie wir alle davon profitieren.

Helena: Meine Mutter hat mir mal davon erzählt, dass es früher schlimm war, wenn es weniger Arbeit gab, weil alle 40 Stunden arbeiten mussten und dann manche gar nicht mehr arbeiten konnten.

Timo: Ich möchte auch nicht mehr arbeiten können, wenn ich groß bin.

Karl: Habt ihr gemerkt, von Güter- und Personenzeppelein hat da auch niemand geredet. Stattdessen wollten anscheinend alle Leute die ganze Zeit mit ihrem eigenen Auto fahren und rumfliegen. Ich frag mich, wo die ganze Zeit so dringend hin wollten.

Timo: Vielleicht aus Spaß. Oder die Straßen gingen alle bergab.

Helena: Ich glaube, die Autos waren bestimmt ganz ungemütlich und die wollten da schnell wieder raus. In meiner Familie fahren fast alle nur noch Fahrrad, außer in den Urlaub oder wenn wir Freunde besuchen, dann eben Bahn. Und letztes Jahr sind wir nach Island gesegelt, das war toll.

Matthias: Total schräg, dass die damals anscheinend lieber geflogen sind als Zug zu fahren, sogar innerhalb Europa!

Die Teilnehmerinnen der Zukunftswerkstatt waren Aktive von: Öko-Institut e.V., FUTURZWEI, Stiftung Zukunftsfähigkeit, FU Berlin, Stay Grounded, Bündnis Bahn für Alle, Changing Cities e.V., Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V., IG Metall und Einfach Einsteigen e.V.



ZUKUNFTSWERKSTATT ZUM THEMA MIGRATION

Bewegungsfreiheit für alle

Im Jahr 2048 gibt es: Bewegungsfreiheit, Zugang und Teilhabe an gesellschaftlichen Ressourcen und Willkommenszentren – öffentliche Institutionen, die Mobilität nicht sanktionieren, sondern Menschen das Ankommen an neuen Orten erleichtern. Im Jahr 2048 gibt es nicht mehr: Grenzkontrollen, Abschiebungen und Ausländerbehörden, Rassismus und andere Formen der Ausgrenzung.

MIRIAM GUTEKUNST, KRITNET & MATTHIAS SCHMELZER,
KONZEPTWERK NEUE ÖKONOMIE

Im Jahr 2048 leben wir in einer Welt, in der sich alle Menschen unabhängig von Herkunft und nationalstaatlichen Grenzziehungen frei bewegen können. Die Lebensstandards haben sich weltweit angeglichen – Lebensweisen der Vergangenheit (vor allem im globalen Norden), die sich nur auf Kosten anderer und der Mitwelt realisieren ließen, sind zugunsten einfacherer, kooperativer aber auch solidarischer Lebensweisen verschwunden. Diejenigen, die früher nicht genug hatten, haben heute am gesellschaftlichen Reichtum teil. Das heißt nicht, dass die Art zu leben überall gleich ist, im Gegenteil: Es gibt eine Vielfalt an unterschiedlichen Gesellschaftsentwürfen, die nebeneinander existieren können. Ein Pluriversum, mit verschiedenen Arten zu wohnen, zu essen, zu lieben, gemeinsam zu produzieren und Institutionen zu verwalten. Grundsätzlich haben alle überall gleiche Rechte, so wie es bereits im Jahr 2019 in einigen solidarischen Städten – wie beispielsweise in Palermo – der Fall ist. Dazu gehören nicht nur politische, soziale und ökonomische Rechte, sondern auch das Recht auf Bewegungsfreiheit. Visavorschriften – so es sie noch gibt – sind für alle gleich. Alle Pässe – so es sie noch gibt – sind gleich viel wert, jede*r kann ohne restriktive Kontrollen reisen. Es ist keine Fluchhilfe mehr notwendig, da Reisen für alle selbstbestimmt möglich ist. Schon lange wird niemand mehr abgeschoben, und dass es Zeiten gab, in denen Menschen wegen der Grenze im Mittelmeer gestorben sind, gilt als eine längst überwundene Tragödie der Vergangenheit. Während die Grenzen für Menschen offen sind, haben Gemeinschaften auf der ganzen Welt ihre wirtschaftlichen Belange unter demokratische Kontrolle gestellt. Für internationale Kapitalströme, aber auch einige Güter und Dienstleistungen, wurden demokratische Richtlinien und Einschränkungen entwickelt. Früher waren geschlossene Grenzen und ungleiche Einkommen eine zentrale Ursache für Migrationsbewegungen in eine Richtung – dies hat sich mit angeglichenen Lebensstandards und der Bewegungsfreiheit für alle grundlegend geändert. [...]

Teilhabe für alle

In unserer Vision einer »Zukunft für alle« soll es überall sogenannte »Willkommenszentren« geben. Das sind transformierte Bürger*innenämter mit Gemeinschafts-Cafés. Orte, an denen Menschen sich begegnen und voneinander lernen können, an denen zum Beispiel Gastfamilien und Gastnachbarschaften vermittelt werden können, und wo es erste Übernachtungsmöglichkeiten gibt. Alles, was für ein gutes Leben notwendig ist – wie Wohnraum, Bildung und Gesundheitsversorgung – soll nicht mehr an eine Staatsbürger*innenschaft geknüpft sein, sondern für alle bereit gestellt werden, die sich an einem Ort niederlassen. Die Anerkennung von Diversität und Differenz ist dabei die grundlegende Basis des Zusammenlebens. [...]

Die Gesellschaft organisiert sich über demokratische Gremien, in denen jede repräsentiert ist. Jede Person, die an einem Ort lebt, kann wählen gehen und sich in diesen Gremien voll umfassend beteiligen.

Alle Menschen gestalten ihr Leben – auch ihr wirtschaftliches Leben – selbstbestimmt und demokratisch. Dabei gibt es vielfältige Teilhabemöglichkeiten für alle: im Betrieb, als Konsument*in, als von wirtschaftlichen Entscheidungen Betroffene. Menschen können durch Nachbarschaftsräte und durch Kooperativen, in denen sie arbeiten, mitbestimmen; Kommunen bestimmen über die Verteilung von Wohnraum; es gibt keine geschlechtliche oder rassistische Arbeitsteilung. Empowernde und unangenehme Tätigkeiten sind weitgehend gleich verteilt zwischen allen. Alle arbeiten weniger, haben Zeit für Austausch und Mitbestimmung. Statt bewaffneter Polizei gibt es demokratisch kontrollierte und rotierende Sicherheitsgruppen und auf Antidiskriminierung spezialisierte Konflikt-



▲ Plakat bei der »We'll Come United«-Demo am 29. September 2018 in Hamburg

Foto: Rasande Tyskar / flickr.com (CC)

und Mediationszentren, die bei der Bearbeitung von Konflikten und Problemen unterstützen.

Gesellschaft der Vielen

Durch diese neue Gesellschaftsordnung wird Migration nicht mehr als Problem, sondern als Normalität verstanden. Alle sind überzeugt, dass jeder Mensch gleich viel wert ist, egal welchen Geschlechts, welcher Hautfarbe oder welcher Herkunft. Eine Welt ohne Grenzen heißt auch, dass Menschen die Grenzen in ihren Köpfen überwinden und damit alle Stereotype und Vorurteile, alle Rassismen, Sexismen, Homo- und Transfeindlichkeiten, Ausschlüsse von Menschen mit Einschränkungen, Klassismen, und andere Formen der Ausgrenzung. [...]

Schon in der Schule wird ein Bewusstsein für Intersektionalität geschaffen und dafür, dass wir alle Verantwortung tragen, dass jeder Mensch einen Alltag ohne Diskriminierung und Ausschluss leben kann. Geschichte und Geschichten werden von allen gleichermaßen erzählt und gestaltet. In allen öffentlichen Institutionen wie auch im sozialen Bereich haben Menschen sich interkulturelle Kompetenzen als Selbstverständlichkeit angeeignet. Die Vielfalt der Perspektiven wird dabei als Bereicherung erlebt. In den Medien, die selbstorganisiert und kollektiv gestaltet werden, wird Migration als positiv und wertvoll diskutiert. Auch wenn der Fokus auf den Gemeinschaften und Nachbarschaften liegt, in denen Menschen verwurzelt sind und leben, werden globale Entwicklungen und die Verbundenheit aller miteinander viel stärker thematisiert. Informationen sind frei für alle zugänglich, Barrieren wie komplizierte Sprache und Fokus auf schriftliche Informationen werden aktiv abgebaut. Auch Kultur, Tanz, Musik und Theater werden nicht von einer kleinen Elite produziert und kontrolliert, sondern von allen – in Form einer Koexistenz verschiedener vernetzter Kulturen mit viel Austausch. Segregation gibt es nicht mehr: Alle Wohneinheiten und Nachbarschaften sind für alle offen, Wirtschaft und Arbeit werden von allen gestaltet.

Kämpfe für Bewegungsfreiheit

Bewegungsfreiheit wurde über Jahrzehnte erkämpft. Schon der Sommer der Migration 2015 hatte gezeigt, wie Migrant*innen gemeinsam mit Menschen, die sich mit ihnen solidarisch erklären, als soziale Bewegung das europäische Grenzregime aushebeln konnten. Trotz gesellschaftlicher Zuspitzung in den 2020er Jahren wurde auf diese Erfolge aufgebaut:

Die zentralen Impulse kamen aus dem globalen Süden, wo gesellschaftliche Mobilisierungen die Externalisierungspolitik des globalen Nordens zum Zusammenbrechen brachten und woraufhin Bewegungsfreiheit bereits 2028 im Rahmen der Afrikanischen Union realisiert wurde. Die sich entwickelnden anti-kolonialen Bewegungen in nordafrikanischen Ländern brachten Regierungen an die Macht, die Bewegungsfreiheit auch von

und nach Europa einforderten – Tunesien führte beispielsweise für EU-Bürger*innen eine Visa-Gebühr von 100 Euro ein, um Druck auszuüben.

Auch im Diskurs verschob sich einiges – die Grenze wurde zunehmend als Problem diskutiert, Fluchthelfer*innen wurden Verdienstmedaillen verliehen, Klimaschuld wurde anerkannt und eine Kultur der Solidarität wurde stärker.

Ein Kipppunkt war, dass die EU Seenotrettung zur öffentlichen Aufgabe deklarierte. Daraufhin wurden die EU-Mitgliedsstaaten für ihre Grenzpolitik verklagt und zur Rechenschaft gezogen. Transnationale soziale Bewegungen spielten eine zentrale Rolle, da so über Jahre hinweg ein Netz von Infrastrukturen der Bewegungsfreiheit von unten aufgebaut wurde – mit solidarischen Städten, Seenotrettung, sozialen Zentren und selbstorganisierten sicheren Fluchtrouten. Das Netzwerk solidarischer Städte umfasste Ende der 2020er Jahre mehr als die Hälfte aller größeren Städte in Europa und in vielen Herkunftsländern. Es etablierten sich Praktiken, die vor Ort Rechte und Teilhabe für alle garantierten: Anonyme City Cards, die Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen, Gesundheit und Mitbestimmung ermöglichten, eine generelle Politik des »don't ask, don't tell« gegenüber Abschiebebehörden, den Aufbau kooperativer Infrastrukturen für in die lokale Ökonomie eingebettete »Willkommenszentren«, Bürger*innenasyle, die Abschiebungen verhinderten, sowie generell antirassistische und antisexistische Politiken auf allen Ebenen.

Immer wieder gab es größere transnational agierende Massenmobilisierungen, in denen der Kampf gegen Abschiebungen und Fluchtursachen sowie das Recht auf Bewegungsfreiheit verbunden wurden.

Im Jahr 2024 durchbrachen migrantische Bewegungen die US-mexikanische Grenze und etablierten eine dauerhafte Route, die danach nicht mehr geschlossen wurde. Boykottkampagnen und immer mehr direkte Aktionen gegen Abschiebungen durchführende Fluggesellschaften bauten so viel Druck auf, dass alle privaten Fluggesellschaften diese einstellten. Stattdessen entstanden einige solidarische Transportunternehmen, die sich darauf spezialisierten, die legalen Spielräume für sichere Transportrouten – auch per Flugzeug – auszubauen.

Geflüchtete thematisierten in ihren Kämpfen gegen weiße Vorherrschaft und Rechtspopulismus auch immer mehr den Rassismus, Paternalismus und die weißen Privilegien innerhalb der Unterstützungsnetzwerke – was sich zu einer generelleren, gesamtgesellschaftlichen Reflexion von kritischem Weiß-Sein ausweitete und immer mehr Menschen of Color in diesen Kämpfen sichtbar machte.

Medien, die den Anspruch einer emanzipatorischen und kritischen Berichterstattung haben sowie ihre Redaktionen basisdemokratisch und divers besetzen, um möglichst viele Perspektiven sichtbar zu machen, bekamen eine immer größere Leser*innenschaft. Sie wurden so von Randmedien zu Leitmedien. Journalist*innen und Schriftsteller*innen of Color und/oder mit Migrationsgeschichte wurden besonders gefördert, um die weiße eurozentristische Berichterstattung und Geschichtsschreibung aufzubrechen und neu zu erzählen.

Dabei waren u.a. Aktive von: afrique-europe-interact, Alarmphone, Egyptian Initiative for Personal Rights, Gambia Refugee Association Europe, global e.v., Netzwerk Kritische Migrations- und Grenzregimeforschung (kritnet), Refugee-4Refugees, Solidarity City

ANZEIGE

VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT



Martin Döring / Susanne Kost

Garzweiler – Eine Spurensuche

2020 – 274 Seiten – 30,00 € – ISBN 978-3-89691-272-5

WWW.DAMPFBOOT-VERLAG.DE

„Garzweiler“ – der Begriff steht im Westen der Republik seit langem als Synonym für Braunkohlentagebau: politisch heiß umkämpft, aber von den Konsequenzen für die Betroffenen fast nicht aufgearbeitet. Martin Döring und Susanne Kost haben es sich in ihrem Buch zur Aufgabe gemacht, die komplexe Gemengelage der Menschen vor Ort, ihre emotionale und faktische Beziehung zum Braunkohletagebau, verbunden mit dem Verlust von Ort und Landschaft, von Gemeinschaft und Alltagsbeziehungen, präzise herauszuarbeiten.



SCHWERPUNKT WIE WOLLEN WIR 2048 LEBEN?



ZUKUNFTSWERKSTATT ZUM THEMA HANDEL UND SÜD-NORD-BEZIEHUNGEN

Eine solidarische Weltwirtschaft, die verbindet

Im Jahr 2048 gibt es: Globale Commons, die von allen zum Wohle aller verwaltet werden, einen Rat für Zukunftssicherheit, der die globalen Ressourcen demokratisch verwaltet. Im Jahr 2048 gibt es nicht mehr: koloniale Ungleichheit, Freihandelsabkommen.

MATTHIAS SCHMELZER, KONZEPTWERK NEUE ÖKONOMIE

Viel gerechter als heute – diese Forderung steht im Vordergrund der Vision. Im Jahr 2048 sind die über Jahrzehnte bestehenden kolonialen Ungleichheiten ausgeglichen – materiell, finanziell, technisch, ökologisch und ideologisch. Die Lebensstile unterscheiden sich in verschiedenen Regionen, der Lebensstandard oder das Wohlstandsniveau sind jedoch überall ähnlich hoch. Das neue Süd-Nord-Verhältnis und die Überwindung aller kolonialen Strukturen ist das Ergebnis jahrzehntelanger Kämpfe gegen kapitalistische Privilegien und koloniale Großkonzernstrukturen. Handel und Handelspolitik waren dabei zentral – sie haben ab Mitte der 2020er Jahre dazu beigetragen, die Benachteiligungen des globalen Südens auszugleichen. Kompensationen (u.a. für koloniale und Klimaschuld) waren die Voraussetzung für partnerschaftlichen Handel – diese waren nicht nur finanziell (obwohl das auch ein großer Teil war), sondern auch kulturell (Rückstattung kolonialer Raubgüter) und politisch. Die Handelspolitik trug damit zunehmend dazu bei, die Lebensstandards weltweit anzugleichen – Handel ist politisch so reguliert und gestaltet, dass er strukturell Vorteile für die ökonomisch benachteiligten Handelspartner bringt.

Welthandel wird durch demokratische Institutionen am Wohl aller ausgerichtet. Diese Institutionen legen die Handelsregeln fest und orientieren sich an weltweit demokratisch festgelegten Leitprinzipien. Ökologisch, solidarisch, sozial gerecht, nicht auf Kosten anderer, subsidiär, und Frieden fördernd – so soll der Handel zwischen Regionen sein, und dabei die Reproduktion des Lebens ins Zentrum stellen.

Konkret heißt das: Um die globalen Commons wie die Atmosphäre, Luft, Land, Wasser, natürliche Vielfalt, Wissen und vieles mehr zu erhalten, sind auf allen Ebenen – von der Nachbarschaft bis zur globalen Ebene – demokratische Institutionen auf die Einhaltung der planetaren Grenzen, der Menschenrechte und auf menschliche Wohlfahrt ausgerichtet. Diese Institutionen legen Regeln fest, sodass Handel – vor allem der über lange Distanzen – nur dann stattfindet, wenn er diese Ziele befördert und nicht untergräbt. Das Grundprinzip ist dabei die Subsidiarität – es sollen auf der kleinstmöglichen Ebene diejenigen entscheiden, die von den Entscheidungen betroffen sind und die Wirtschaft möglichst lokal organisiert werden.

Demokratische Wirtschaftseinheiten

Die Wirtschaft ist demokratisch organisiert, alle können sich einbringen und mitbestimmen. Statt privater Unternehmen sind es vor allem kooperative Organisationen, die Handel treiben – von den Mitarbeitenden kontrollierte und geführte Unternehmen, Verbraucher- und Produzentenkooperativen, vergesellschaftete und öffentliche Unternehmen, globale Netz-



▲ Auf dem Markt in Accra (Ghana) werden 2048 wieder viel mehr regionale Produkte angeboten.

Foto: Erin Johnson / flickr.com (CC)

werke von Commons-verwaltenden Gremien, Genossenschaften, technisch-wissenschaftlichen Kooperativen, und viele mehr. Private Unternehmen sind nur noch die Ausnahme – ab einer gewissen Größe sind diese wegen ihrer ungleichen Auswirkungen nicht mehr zugelassen, vor allem aber entscheiden sich die meisten Menschen dazu, lieber in Kooperativen mit mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten zu arbeiten. [...]

Kooperativ, ökologisch und sozial

Unternehmen wirtschaften kooperativ, ökologisch und sozial, die Zusammenarbeit der Produktions- und Handelspartner fußt dabei auf langfristige und auch persönliche Kontakte. Soweit dabei Preise eine Rolle spielen (nicht alle Produktions- und Handelsnetzwerke arbeiten mit Preisen) sind diese ausgehandelt und spiegeln die sozialen und ökologischen Kosten wider. Handel findet jedoch weitgehend jenseits von Märkten statt. Statt Konkurrenz, die im Wirtschaften keine Rolle mehr spielt, steht Kooperation, der Austausch nach Bedürfnissen und Fähigkeiten, sowie demokratische Aushandlungs- und Planungsprozesse im Vordergrund.

Konkret wird Handel durch Regulierungen darauf ausgerichtet, die Förderung des Gemeinwohls als Ziel zu haben. Unternehmen dürfen nur über große Distanzen hinweg handeln, wenn sie

- auch vor Ort – da wo produziert wird – ein lokaler Akteur werden;
 - wenn es demokratische Mitbestimmungsmöglichkeiten für alle Betroffenen gibt;
 - wenn die Unternehmen demokratisch organisiert und am Gemeinwohl ausgerichtet, ökologisch und nicht profitorientiert wirtschaften;
 - wenn die Unternehmen nicht zu groß sind (gemessen an Marktanteilen, der Anzahl der Mitarbeitenden oder der Bilanzsumme) und
 - wenn der Unternehmenszweck die Förderung der wichtigsten demokratisch ausgehandelten Werte der Gemeinschaft ist.
- Darüber hinaus gibt es klare ökologisch-soziale Regeln und Sanktionsmechanismen sowie entsprechende Rechtswege für Betroffene, diese auch einzuklagen. Das heißt, dass gemeinwohlorientiertes Wirtschaften – wie das Einhalten von guten Arbeitsschutzstandards – kein Handelshemmnis mehr darstellt (kein »race to the bottom«), sondern Voraussetzung ist für einen internationalen Handel, mit höchstem – den demokratisch festgesetzten Kriterien entsprechenden – Standard.

Weniger Transport und mehr Recycling

Umweltschädlichen Transport gibt es nicht mehr – überregionaler Handel findet nur noch

mit Solar- und Segelschiffen sowie mit modernen Zügen statt. Der wenige Flugverkehr, den es noch gibt, ist ausschließlich für Personen reserviert. Weil der Transport mit Wind und Sonne aufwendiger und langsamer ist, wird viel lokaler und regionaler produziert und verbraucht – viel weniger Güter und Dienstleistungen werden über den ganzen Globus gehandelt. Es gibt keine starken Lohn- oder Einkommensgefälle, die sich mit internationalem Handel ausnutzen ließen, ebensowenig Steuervorteile oder ungleiche soziale und ökologische Gesetzgebungen. Auch wenn es anfangs von einigen als Einschränkungen erlebt wird, dass manche Güter wie bestimmtes Obst nicht mehr das ganze Jahr verfügbar sind, liegt der Fokus auf den Vorteilen – denn die regionale Vielfalt an landwirtschaftlichen und anderen Produkten hat sich stark erhöht. Waffenhandel wurde bereits 2025 komplett verboten.

Die meisten Rohstoffe kommen aus dem Recycling früherer Produktion – wobei technische und ökologische Kreisläufe streng getrennt sind, die technischen Rostoffe werden sortenrein verarbeitet und technisch wiederverwertet, ökologische Rohstoffe wieder in den ökologischen Kreislauf rückgeführt. Dazu gibt es global geltende Produkt- und Recyclingstandards. Durch eine starke Steigerung der Rohstoffeffizienz sowie durch weniger Produktion ist der Bedarf an Rohstoffen stark zurückgegangen. [...]

Wie kamen wir dahin?

Wichtig waren soziale Bewegungen aus Süd und Nord, die auf die sich zuspitzenden Krisen reagierten und sich zunehmend transnational vernetzten. Vor allem die Klimagerechtigkeitsbewegung, die in den 2020er Jahren an Stärke gewann, erkannte den Zusammenhang zwischen Klimakatastrophe, Marktlogik und Wirtschaftswachstum. Sie vernetzte sich daher zunehmend mit Gemeinschaften im globalen Süden, die nicht nur gegen die Folgen der Klimakatastrophe kämpften, sondern auch gegen Rohstoffabbau und internationale Freihandelsabkommen. Zunehmend gerieten transnationale Konzerne in den Fokus von politischen Aktionen – und im Rahmen einer globalen Kampagne »Dismantle Corporate Power« (die sich von Südafrika aus ausweitete), zunehmenden Konzernklagen und weltweiten Streiks wurden zuerst Shell, dann weitere transnationale Konzerne wie Bayer-Monsanto in den Bankrott gezwungen.

Eine gestärkte international solidarische Gewerkschaftsbewegung stellte zunehmend die Arbeitsbedingungen im Süden in den Fokus – und erreichte die gesetzliche Verschärfung von sozialen Regulierungen für Konzerne in den Staaten.

Die Klimagerechtigkeitsbewegung wiederum war mit ihren Kämpfen gegen fossile Brennstoffe so erfolgreich, dass der Warentransport weitgehend dekarbonisiert wurde. Dies wiederum führte dazu, dass der Transport teurer wurden, unnötige vermieden wurden und sich die Warenströme deutlich deglobalisierten.

Damit veränderten sich auch Einstellungen und Diskurse. Die auf Märkte und Freihandel ausgerichtete Wirtschaftslehre wurde vom Kopf auf die Füße gestellt – Märkte seien nur dann sinnvoll, wenn sie den Menschen und der Umwelt dienen, so hieß es zunehmend, wenn nicht, dann sollte die Wirtschaft kooperativ organisiert werden. Koloniale Ausbeutung, ökologische Zerstörung und Menschenrechtsverletzungen wurden als zentrale Quelle von »Wohlstand« sichtbar gemacht und kritisiert. Dies führte zu einer zunehmenden Delegitimierung der Eigentumslogik. IWF, Weltbank und WTO wurden in Frage gestellt und aufgelöst.

Ein wichtiger Einschnitt war die Weltwirtschaftskrise von 2028. Ausgelöst wurde sie durch das Platzen der »carbon bubble«: Die Spekulationen auf zukünftige Gewinne in fossilen Wirtschaftssektoren konnten angesichts der viel zu späten aber doch effektiven Klimaschutzmaßnahmen nicht mehr realisiert werden. Soziale Bewegungen hatten sich diesmal gut vorbereitet und setzten Regierungen unter Druck, Rettungsmaßnahmen mit einer grundlegenden Umstrukturierung der Ökonomie zu verbinden. Alle Banken, Versicherungen und Unternehmen, die staatliche Unterstützungsgelder brauchten, wurden entweder komplett vergesellschaftet oder an starken Gemeinwohlkriterien ausgerichtet.

In den Jahren dieser Weltwirtschaftskrise kam es in vielen Ländern zur Vergesellschaftungen, grundlegenden Gesetzesänderungen und dem Aufbau von solidarischen Handelsstrukturen von unten. Viele Pleitebetriebe wurden als Genossenschaften weitergeführt, gezielte Infrastrukturgelder für kooperative Unternehmen führten zu einer Explosion der solidarischen Ökonomie, lokale Versorgungsgemeinschaften machten den Ausstieg aus dem Markt erlebbar. Immer mehr Menschen entdecken die Selbstverständlichkeit von Kooperation. Lokale Erfahrungen mit Gemeinschaftlichkeit breiteten sich auch auf transnationaler Ebene aus – so kam es beispielsweise 2030 zu einem Vernetzungstreffen von 20.000 Initiativen aus der ganzen Welt in Porto Alegre, die die Prinzipien der solidarischen Landwirtschaft auf andere Bereiche und den überregionalen Handel übertragen hatten. [...]

Die Teilnehmerinnen der Zukunftswerkstatt waren u.a. Aktive von: powershift e.V., ver.di, Universität Kassel, I.L.A. Kollektiv, OXFAM, INKOTA-Netzwerk, Misereor, Forum Fairer Handel.

ANZEIGE

Der Kaffee für den täglichen Aufstand!

Zapatistischer Kaffee & Espresso

Solidarischer Handel mit aufständischen indigenen Gemeinden in Chiapas - Mexiko

Café Libertad Kollektiv eG

Stresemannstr. 268 - 22769 Hamburg

Telefon: 040-20906892 * Fax: -93

www.cafe-libertad.de * cafe-libertad@gmx.de

ELEKTROAUTO DANK CROWDFUNDING

Solarstrom von der Karosserie - auch für den Nachbarn

Im Januar war das Ziel von 50 Millionen Euro aus einem Crowdfunding erreicht. Und dies nach einem Zeitraum von lediglich 50 Tagen, sagten die GründerInnen von Sono Motors. Mit dem Modell »Sion« haben sie die ersten Prototypen eines neuartigen Elektroautos entwickelt, das mit eingebauten Solarzellen nicht nur die eigene Batterie aufladen kann. Ihr Konzept ist von Anfang an auch auf Carsharing, Fahrtenvermittlung und Stromeinspeisung ausgelegt.

PETER STREIFF, REDAKTION STUTTGART

Mit 25 Jahren als Chef eines Automobilherstellers wahrgenommen zu werden, ist in der Branche schon ungewöhnlich genug. Seine Aussage bei der Prototyp-Vorstellung macht ihn erst recht zum Exoten: »Wir glauben an eine Welt mit weniger Autos auf den Straßen«, sagt Laurin Hahn. Er ist einer der Gründer des Münchner Start-Up-Unternehmens Sono Motors und ergänzt dann, dass sie etwas gegen den Verkehrsinfarkt in den Innenstädten tun wollen, und dass der endliche Rohstoff Erdöl viel zu wichtig sei, um ihn in raffinierter Form einfach in Motoren zu verbrennen.

Vor diesem Hintergrund wollen Sono Motors mit seinem ersten Modell »Sion« nicht einfach nur ein weiteres Elektroauto bauen, sondern eines, das in seinem Gesamtkonzept auch die Elemente Carsharing, Fahrtenvermittlung und Stromeinspeisung beinhaltet. Hahn und seine MitgründerInnen verstehen sich daher eher als neue Mobilitätsdienstleister statt als reine Autohersteller.

Vorab-Finanzierung

Nicht nur das Konzept, sondern auch dessen Finanzierung ist ungewöhnlich: In einem Brief an interessierte zukünftige KundInnen luden sie zum Crowdfunding ein – mit dem ehrgeizigen Ziel von 50 Millionen Euro in 50 Tagen: »Im Laufe zahlreicher Verhandlungen mit internationalen Investoren haben wir immer wieder feststellen müssen, dass sich die Erwartungen der klassischen Finanzwelt nur schwer mit unse-



▲ Solarzellen in der Karosserie laden die Batterie des neuen »Sion«, der Strom kann auch an andere Elektroautos weitergegeben werden. Im Bild zwei Prototypen. Foto: Sono Motors GmbH

ren Zielen und Werten vereinbaren lassen«, schrieben Hahn und seine beiden MitgründerInnen. Stattdessen hätten sie »die Entscheidung über die Weiterführung des Projekts Sion in die Hände der Sono Motors Community gelegt, um die Werte und Technologien des Unternehmens zu schützen«.

Als Leitsatz hatten die GründerInnen formuliert, dass sie »den Klimawandel bekämpfen und eine Veränderung erreichen« wollen – »für eine lebenswerte Zukunft und die Generationen nach uns«. Mit dem Ergebnis von mehr als 53 Millionen Euro hatten sie Ende Januar ihr Ziel nach Ablauf ihrer Frist sogar leicht übertroffen. Drei Viertel der Summe kam durch 13.000 Reservierungen für einen »Sion« zusammen, der Rest durch Darlehen und Spenden. Nun soll die Serienfertigung in einem ehemaligen Saab-Werk in Schweden starten – mit dem Ziel einer »nach-

haltigen und bezahlbaren Mobilität für alle«.

Karosserie mit Solarzellen

Sono Motors wirbt damit, dass der »Sion« das erste Solar-Elektroauto sei, das sich selbst lädt. In die schlichte Karosserie des Vans seien 248 Solarzellen nahtlos eingearbeitet, die nicht in Glas, sondern im Kunststoff Polymer eingebettet sind. Dadurch seien die Karosseriebauteile etwa 20 Prozent leichter als vergleichbare Metallteile. Außerdem könnten die Solarzellen mit ihrer Polymerbeschichtung nicht splintern. Die Karosserie ist aus Kostengründen nur in schwarzem Kunststoff erhältlich, dadurch entfällt auch die Lackierung. »Über Farbe und andere Ausstattungsdetails haben wir unsere Kunden abstimmen lassen«, sagt Thomas Hausch, einer der Sono-Vorstände, der früher als Manager bei Daimler

und Nissan gearbeitet hat. Schwarz habe auch den Vorteil, dass die in die Karosserie eingearbeiteten Solarzellen optisch nicht hervorstechen.

Die Reichweite ist mit 255 Kilometern (nach WLTP-Standard) im Vergleich zu anderen Elektroautos nicht sonderlich hoch, sie könne sich jedoch durch die Sonnenenergie um bis zu 34 zusätzliche Kilometer pro Tag erhöhen. Die Aufladung der Batterie durch die Sonne bedeute zudem volle Autarkie ohne Steckdose für kurze Strecken.

Dank der Technologie des »bidirektionalen« Ladens könne das Auto als mobiler Stromspeicher genutzt werden. Über einen Haushaltsstecker lassen sich so alle gängigen elektronischen Geräte mit bis zu 3,7 Kilowatt betreiben – und beispielsweise auch die Batterie eines anderen Elektroautos laden.

Ungewöhnlich im Hochglanz-Umfeld der Autohersteller wirkt zudem ein Versprechen der Solar-Elektroau-

tobauer, dass sie bei Reparaturen teilweise auf Selbstbauer*innen setzen: Ein dreistufiges Instandhaltungssystem bedeute, dass einfache Ersatzteile ohne große Vorkenntnisse selbst eingebaut werden können.

Weil bisher ein Privatauto in Deutschland durchschnittlich 23 Stunden steht und damit Parkraum unnötigerweise belegt, will Sono Motors auf eine Ökonomie des Teilens setzen. So erhalte jedes Auto serienmäßig die eigene App, mit der das Verleihen und Anbieten von Mitfahrgelegenheiten mit wenigen Klicks am Borddisplay organisiert werden kann. Wer den Kosten reduzierenden Mitfahrerservice nutzen möchte, schickt dem/der FahrerIn eine Anfrage. Falls diese angenommen wird, erhalte der/die InteressentIn eine Benachrichtigung und werde abgeholt.

Auch die Stromeinspeisung und der Verkauf laufe über die App, wie es in der Ankündigung heißt: »So kannst du entscheiden, wie viel Strom du bereit bist weiterzugeben und zu welchem Preis. Andere Nutzer sehen dann den Standort deines Sion als mobile Ladestation.«

Eine Umfrage unter interessierten KäuferInnen habe ergeben, dass vier Fünftel von ihnen planen, die Funktionen zum Carsharing per App auch nutzen zu wollen, sagt Hausch. Mit einem voraussichtlichen Verkaufspreis von 25.500 Euro sei der Sion deutlich billiger als vollelektrische Konkurrenzmodelle. Der Start der Serienproduktion musste um ein Jahr verschoben werden, nun ist sie für September 2021 geplant. Die Auslieferungen an die ersten KundInnen ist für Januar 2022 angekündigt.

Vor dem Hintergrund der Kritik am »grünen Kapitalismus« des geplanten Tesla-Werks in Brandenburg scheint das Sion-Konzept einen deutlich ökologischeren und zukunftsfähigeren Ansatz zu verfolgen: Solarstrom von der Karosserie, Reduktion von Verkehr durch die Mitfahr-App und Fokus auf preisgünstige, alltagstaugliche Herstellung.

Link:
www.sonomotors.com

ANZEIGE



Christopher Wimmer (Hg.)
»Where have all the Rebels gone?«
Perspektiven auf Klassenkampf und Gegenmacht
304 Seiten | 18 Euro
ISBN 978-3-89771-277-5

Widerständig und unversöhnlich

Nazis ziehen angstfrei durch die Straßen, streuen unbehelligt ihren Hass, Rassist*innen beherrschen die Kommentarspalten und die Stammtische. Was tun angesichts der gesellschaftlichen Stimmung, der Stärke der Menschenfeinde und der womöglich eigenen, individuell erfahrenen Ohnmacht?

Wimmer sucht nach revolutionären Splintern – und findet sie! Die Textsammlung dokumentiert historische Erfahrungen, die die radikale Linke im letzten Jahrhundert gemacht hat, setzt sich mit Konzepten von Gegenmacht auseinander, die im 20. Jahrhundert erprobt wurden, und lässt Aktivist*innen der Gegenwart zu Wort kommen. Dabei geht die Perspektive weit über Deutschland hinaus und betrachtet Widerstände weltweit.

Die Autor*innen machen Geschichte sichtbar und die Erfahrungen für den heutigen Widerstand nutzbar – als Erinnerung und Ansporn zugleich. Sie bleiben kämpferisch und stehen laut und entschieden für eine Gesellschaft der Freien und Gleichen ein.

UNRAST – Neuerscheinungen



Berlin Buster's Social Club (Hg.)
Unerhört! –
Adbusting gegen die Gesamtscheiße
Veränderte Werbung als Gesellschaftskritik

Mit einem Vorwort von Peter Nowack
136 Seiten | 14 Euro | ISBN 978-3-89771-281-2

Aneignung von Plakatwerbung im öffentlichen Raum – witzig, ernst, kreativ und immer kritisch

Adbusting bezeichnet eine immer populärer werdende Aktionsform. Öffentlich zugängliche Werbeflächen werden verändert, sodass danach völlig neue Eindrücke bei den Betrachter*innen entstehen. Das Buch zeigt verschiedenste Beispiele aus unterschiedlichen thematischen Kontexten und diskutiert die Chancen und Risiken dieser Protestform.

Almut Birken & Nicola Eschen (Hg.)

Links leben mit Kindern
Care Revolution zwischen Anspruch und Wirklichkeit

280 Seiten | 16 Euro
ISBN 978-3-89771-283-6



Die Theorie wischt der Praxis nicht den Arsch ab

Patriarchat auflösen! Kleinfamilie überwinden! Reproduktionsarbeit teilen! Care Revolution! – Geht es um das Thema Kinder, fallen häufig Schlagworte wie diese. Einige Menschen versuchen tatsächlich, diese politische Vision konkret in ihrem Alltag umzusetzen: in Freundschaften, Hausprojekten oder Wohngemeinschaften. Es gibt zahlreiche Erfahrungen mit gescheiterten, aber auch gelungenen Versuchen, mit Kindern zu leben und die Beziehung jenseits klassischer Eltern-Kind-Verhältnisse zu gestalten.

Silvia Federici

Jenseits unserer Haut

Körper als umkämpfter Ort im Kapitalismus

144 Seiten | 14 Euro
ISBN 978-3-89771-329-1



Der Körper zwischen Herrschaft und Rebellion

Stärker denn je ist der Körper in den Fokus linker und linksradikaler Politiken gerückt. Ob feministische, antirassistische, queere oder ökologische Bewegungen: Sie gehen vom Körper in seinen verschiedenen Facetten aus, um ihre politischen Forderungen zu formulieren und emanzipatorische soziale Praktiken zu entwickeln. Zugleich ist der Körper zentraler Signifikant für die Reproduktionskrise sowie für den weltweiten Anstieg staatlicher Repression und zwischenmenschlicher Gewalt.

In *Jenseits unserer Haut* untersucht Silvia Federici die Grenzen, die unsere Körper der kapitalistischen Profitmaximierung setzen, und das Widerstandspotenzial, das ihnen innewohnt. Damit stellt sie Fragen, die für gegenwärtige emanzipatorische Bewegungen zentral sind. Es gilt, das steht für Federici fest, die Kreativität und Weisheit unseres Körpers neu zu entdecken, um seiner fortschreitenden kapitalistischen Transformation in eine Arbeitsmaschine zu widerstehen.

Das ganze Programm online : www.unrast-verlag.de

Vom Bedürfnis nach Selbstregierung

Charles Reeve lädt die Leserin auf eine Reise durch den Reichtum der antagonistischen Bewegungen Europas der letzten 200 Jahre ein. Seit letzten Herbst steht »Der Wilde Sozialismus«, das neue Buch des portugiesisch-französischen Schriftsteller-Aktivistin in den Buchläden.

BERND HÜTTNER, REDAKTION BREMEN

In Bewegung und auf dem Weg, das war und ist der 1945 in Lissabon geborene Charles Reeve seit nun über 50 Jahren. 1967 desertiert er aus der portugiesischen Kolonialarmee, lebt seitdem in Paris. Nicht erst in den letzten Jahren hat er sich immer wieder mit rätekommunistischen und Positionen des antiautoritären Marxismus zu Wort gemeldet.

Seine grundlegende These lautet, dass vieles, was in den sozialen Bewegungen heute mitunter heiß diskutiertes Thema der eigenen Entwicklung und Politik ist, in den minoritären Strömungen des Sozialismus, die er die »wilden« nennt, bereits debattiert, wenn nicht praktiziert wurde. Sei es etwa in der Rätebewegung 1918 in Deutschland oder in der Kollektivierung 1936 in Spanien. Vieles gab es schon einmal, und ein Rückgriff darauf ist möglich und angebracht. Für Reeve ist angesichts dieser Blaupausen-Wissensbestände trotz aller Nüchternheit klar, dass er die Revolution befördern will, auch wenn die Situation derzeit alles andere als aussichtsreich sei. Erwartet er doch nicht zuletzt von Parteien und dem nicht nur von ihnen vertretenen »radikalen Reformismus« oder gar

»linken Populismus« nichts. Diesen Strukturgebern wie der ihnen inhärenten Logik von Stellvertretung und Bürokratie setzt er Autonomie, direkte Demokratie und Selbstverwaltung entgegen. Doch mitnichten tut er dies im luftleeren Raum. Vielmehr belebt er mit seiner These die Hintergründe im Bedürfnis nach Selbstregierung, darin auch dass die Ära der Repräsentation und des klassenübergreifenden Nachkriegskompromisses zu Ende sei. Das zeige sich nicht zuletzt im Niedergang sozialdemokratischer Politikmuster. Zum anderen formulierten und verfolgten die neuen Bewegungen von Seattle bis Spanien, von Kairo bis Paris neue Praktiken und auch Forderungen. Diese seien zwar vom Duktus der Empörung auch nicht ganz frei, setzten aber deutlich auf Selbstorganisation und Aufstand.

Der herrschende Block hingegen gäbe heute erst gar kein auf Konsum und Integration begründetes Aufstiegsversprechen mehr, und breche darum mit der Aushandlungslogik der letzten circa 100 Jahre. Einer Logik, mit und in der die Mehrheit der Arbeiter*innenbewegung auch agierte, wie Reeve in seinem Streifzug von der Pariser Commune bis zum Zapatismus der Gegenwart immer wieder verdeutlicht. So bemerkt er lakonisch, dass relativ sinnlos sei, von links oder »von unten« an etwas zu appellieren, was die Gegenseite ohnehin nicht (mehr) verspreche. Der Kapitalismus reagiere nicht einmal mehr auf »Empörung«, die Sozialdemokratie habe für das Kapital keine Funktion mehr. Zwar sei »1989« weltweit eine Niederlage gewesen, markiere aber

auch das Ende eines »Sozialismus' der Führer«. Neues sei nun möglich, und seitdem auch bereits geschehen.

Die historischen Beispiele, die Reeve im größten Teil seines sehr lesenswerten Buches ausführlich darstellt, reichen von der »französischen Revolution« 1789 über die verschiedenen syndikalistischen und Rätebewegungen und die »spanische Revolution« bis zu den langen 1960er Jahren. Am Ende diskutiert er nicht zuletzt die neuen, seit der Jahrtausendwende aktiven Bewegungen. Dabei plädiert Reeve eindringlich dafür, die Vergangenheit des sozialdemokratischen Zeitalters, dem auch die radikale Linke noch anhängt, zu überwinden. Stattdessen direkte Demokratie zu praktizieren und nicht – wieder einmal – auf die naheliegende Idee zu verfallen, (bessere) Organisation sei das Instrument der Stunde.

Reeve schreibt selbst, dass er die »wilden« Erfahrungen in Osteuropa (Ungarn 1956, Polen 1980/81) in seinem Buch nicht untersucht; ebenso, so fällt bei der Lektüre sofort auf, spielen die vielen anticolonialen Kämpfe des globalen Südens keine Rolle (die EZLN wird nur kurz gestreift). Trotzdem ist sein Buch ein Ort, an dem die reichhaltigen Erfahrungen der ketzerischen und dissidenten Strömungen des »Sozialismus« gut dargestellt sind. Es bietet Wegzehrung und Trost. Denn »Wir gehen langsam, weil wir weit gehen«.

Charles Reeve: *Der wilde Sozialismus. Selbstorganisation und direkte Demokratie in den Kämpfen von 1789 bis heute*; Edition Nautilus, Hamburg 2019, 336 Seiten, 30 Euro



BRIEFMARKEN MIT WIDERSTÄNDIGER GESCHICHTE

Aracy de Carvalho Guimarães Rosa rettete zahlreiche Juden

Im Dezember 2019 beendete die Brasilianische Post ihre sechsteilige Markenserie über brasilianische Frauen, die Geschichte schrieben. Geehrt wurde eine Mitarbeiterin des brasilianischen Konsulats in Hamburg, Aracy de Carvalho Guimarães Rosa (1908-2011), die als junge Frau ihr eigenes Leben riskierte, um andere Leben zu retten. In der Dezember-CONTRASTE stellen wir bereits zwei selbstbewusste und mutige Frauen dieser Serie vor.

KAI BÖHNE, REDAKTION GÖTTINGEN

Aracy Moebius de Carvalho Guimarães Rosa wuchs in Brasilien in gesicherten und wohlbehüteten Verhältnissen auf, als Tochter einer deutschstämmigen Mutter und eines portugiesischen Kaufmanns. Die Familie gehörte zur oberen Mittelschicht. Aracy besuchte ein katholisches Gymnasium, heiratete mit 22 Jahren und bekam einen Sohn. Nach fünf Jahren Ehe trennte sie sich von ihrem Mann. Da eine

Scheidung in Brasilien nicht möglich war und sie Abstand von ihrem Ehemann suchte, entschied sie sich, mit ihrem Sohn zu Verwandten nach Hamburg zu ziehen. In ihrer Familie wurde deutsch gesprochen, so dass sich für ihren Sohn keine Sprachprobleme ergaben.

Bereits vor ihrer Abreise hatte sich Aracy über familiäre Kontakte um eine Anstellung beim brasilianischen Konsulat in Hamburg bemüht. Ihre Bewerbung hatte Erfolg. Aufgrund ihrer sehr guten Sprachkenntnisse – sie sprach fließend Deutsch, Portugiesisch, Englisch und Französisch – wurde ihr nach kurzer Zeit die Leitung der Visa-Abteilung übertragen.

Aracy bemerkte, wie sich in Deutschland das politische Klima verschärfte. Durch die Nürnberger Rassegesetze wurde der Alltag für Juden unerträglich. Daher entschied sie sich, Juden, die die Ausreise nach Brasilien anstrebten, bevorzugt zu behandeln. In den Antragsformularen für Visa verschwieg sie, dass es sich bei den Antragstellern um Juden handelte. Der Konsul genehmigte die Anträge in der Regel, ohne weitere Fragen zu stellen.

Nachdem die Einwanderungsvorschriften für Juden strikter gehandhabt wurden, gab sie im Formular als Grund der Reise »Tourist« an und bemühte sich, über Bekannte in Brasilien, dass dieses zeitlich begrenzte Visum in ein permanentes Aufenthaltsvisum umgewandelt wurde.

Zur Zeit der Pogrome im November 1938 kam der brasilianische Schriftsteller João Guimarães Rosa als Vizekonsul nach Hamburg. Im Gegensatz zu seinem Vorgesetzten billigte er

die Bemühungen Aracys, möglichst viele Juden zu retten. In der Abwesenheit des Konsuls erteilte er selbst die Visa-Genehmigungen. Mit Unterstützung eines Deutschen im Hamburger Einwohnermeldeamt besorgte Aracy Pässe ohne das berüchtigte rote »J«, sie fälschte Bescheinigungen und Papiere, stellt Hunderten von Verzweifelten Einreisepapiere aus, die sie vom unwissenden Generalkonsul beiläufig unterzeichnen ließ. Sein Stellvertreter João Guimarães Rosa wusste davon und ließ sie gewähren.

Die jüdische Gemeinde von São Paulo verlieh Aracy Moebius de Carvalho Guimarães Rosa später den Beinamen »Der Engel von Hamburg«. Von der israelischen Gedenkstätte Yad Vashem wurde sie mit der Auszeichnung als »Gerechte unter den Völkern« geehrt.



▲ Der Frankaturwert 1st Class eignet sich zum Versand von Geschäftsbriefen innerhalb Brasiliens.



▲ Brasilianischer Ersttagsstempel

ANZEIGE

Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung
 Vierteljahrszeitschrift 31. Jahrgang, Nr. 121, März 2020, 224 Seiten

Strategiedebatten
 Z-Redaktion – „Kontrollverlust“, *Krisenfelder und Strategiedebatten* / Reusch – *Klimakrise, Widersprüche, schwache Akteure* / Deppe – *Brexit schlägt Sozialismus* / Klein – *Diskurs und linke Strategie* / Goldberg – *Entzauberung des Privateigentums* / Schramm – *Radikal bis neoliberal* – *Green New Deal* / Sadowsky – *IG Metall-Diskussion* / Kaindl – *Ein Blick auf DIE LINKE*

Lateinamerika: Boris – *Aufbruch in Lateinamerika* / Musacchio – *Argentinien in der Krise*

Marx-Engels-Forschung
 Vollgraf – *Leere Haushaltskasse und ausgelaugte Böden* – *MEGA IV/18* / Quaas – *Abschreibung in der ökonomischen Theorie von Marx*

Und: Hervé – *Flora Tristan – feministische Sozialistin* / Friedmann – *März 1920: Gegen Lüttwitz, Kapp und Co.*

Sowie: Kommentare; Diskussion – Kritik – Zuschriften; Zeitschriftenschau; Berichte, Buchbesprechungen

Z Einzelpreis: 10,- Euro (zzgl. Versand) im Abo: 35,00 Euro; Auslandsabo 43,- Euro (4 Hefte/Jahr incl. Vers.) Studenten-Abo: Inland 28,00 u. Ausland 36,- €. Bezug über E-mail, Buchhandel (ISSN 0940 0648) oder direkt: Z-Vertrieb: Postfach 700 346, 60553 Frankfurt am Main, Tel./Fax 069 / 5305 4406

www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de - e-mail:redaktion@zme-net.de

WER SIND DIE
GELBWESTEN?

Der Band beginnt mit einem interessanten Überblicksartikel des Herausgebers, der gleichzeitig die französischsprachigen Beiträge übersetzt hat. »Mit dem vorliegenden Buch wollen wir zum einen möglichst viel Informationen über die «Gilets Jaunes» geben und zum anderen die deutsche Diskussion über die Lehren anregen, die diese Bewegung für die ganze Linke bereithält« – so benennt Peter Wahl die Ziele eines in Deutschland längst überfälligen Buchs.

Die AutorInnen stammen wie der Herausgeber im Wesentlichen aus dem Umfeld von Attac. Bis auf den Beitrag des Herausgebers sowie des deutschen Soziologen Lothar Peter stammen alle Artikel aus der Feder französischer AutorInnen. Was der Sachkunde und der Qualität der Beiträge durchaus zugute kommt.

Nach einem interessanten Einstieg von Patrick Fabiaz zur kurzen Geschichte der »Gilets Jaunes« (Gelbwesten) wird das Verhältnis der Gelbwesten zur Demokratie bearbeitet. In den beiden Beiträgen von Marie-Dominique Vernhes geht es um Besonderheiten der Gelbwesten als Bewegung und ihre Herkunft einerseits und um die politischen Inhalte und Aktionsformen andererseits. Lothar Peter befasst sich mit der Frage, was die französischen Intellektuellen über die Gelbwesten denken. Obwohl die Ära der Sartres und Bourdieus vorbei ist, stellt er fest, dass viele Angehörige intellektueller Berufe Partei für die Gelbwesten ergreifen. Peter konstatiert, dass auch die Intellektuellen einem massiven Prozess sozialer Enteignung unterliegen und ihre Lage sich denen der Gelbwesten annähert. Peter beschreibt dies mit dem Typus des Intellektuellen von unten.

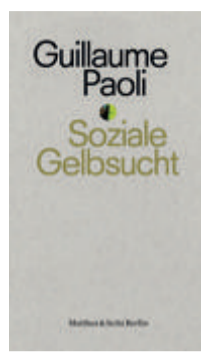
Eine vorläufige Einordnung der Gelbwesten, ihr Verhältnis zu NGOs sowie zur Arbeiterbewegung und den Gewerkschaften nehmen Christophe Aguieton und Pierre Khalifa vor. Sie bezeichnen die Gelbwesten als Katalysatoren der politischen Opposition gegen Macron, räumen aber auch anhand von Fakten mit dem Vorurteil auf, die »Gilets Jaunes« seien eine rechte Bewegung mit rassistischen, fremdenfeindlichen und homophoben Themen und würden Umweltschutz ablehnen, weil die Bewegung mit dem Protest gegen eine Benzinsteuerrhöhung ihren Ursprung nahm.

Abgerundet wird der Band durch einen Anhang, in dem sowohl originale Dokumente der Gelbwesten als auch Dokumente aus der Diskussion in Deutschland versammelt sind, so etwa ein Interview mit dem DGB-Vorsitzenden Reiner Hoffmann oder ein Beschluss des Parteivorstands der Linken zu den Gelbwesten.

Fazit: Das von Peter Wahl herausgegebene Buch ist absolut empfehlenswert. Es steckt voller anregender Ideen zur Auseinandersetzung mit der Geschichte, Strategie, Taktik der »Gilets Jaunes« als einer Form der Selbstorganisation von unten. Es beleuchtet aber auch die gesellschaftlichen Hintergründe und leistet eine erste fundierte Verortung der Gelbwesten im politischen Spektrum.

Herbert Klemisch

Peter Wahl (Hrsg.): Gilets Jaunes - Anatomie einer ungewöhnlichen sozialen Bewegung; Papy Rossa Verlag, Köln 2019, 135 Seiten, 12,90 Euro

GELBWESTEN
ERKLÄRT!

Nachdem das Phänomen der Gelbwesten als Protestbewegung in Deutschland kaum fundiert erklärt worden ist, gibt es nun schon den zweiten Analyseband, der dies erfolgreich umsetzt. Parallel zum von Peter Wahl herausgegebenen Sammelband »Gilets Jaunes« stammt diese Neuerscheinung diesmal aus der Feder des in Frankreich geborenen und in Berlin lebenden Guillaume Paoli.

Ziel der Veröffentlichung ist es, das Aufkommen einer sozialen Bewegung wie der »Gilets Jaunes« (Gelbwesten) zu erklären. Dabei wendet er sich insbesondere an die deutsche LeserInnenenschaft, der die französischen Besonderheiten erklärt werden sollen. Paoli setzt sich nicht nur mit der Geschichte und Strategie der »Gilets Jaunes« auseinander, sondern erklärt der geneigten deutschen Leserin auch die Besonderheiten der französischen Staats- und Gesellschaftsform und betreibt hierzu, wie er es nennt, »Macroskopie«.

Paoli stellt fest, dass die soziale Frage wieder zurück auf der Tagesordnung ist und nimmt seinen Einstieg über die Frage »Wie lässt sich eine Politik gegen den Willen der großen Mehrheit durchsetzen? Für die Bürger: Wie kann man sich dem unheilvollen Gang der Dinge effektiv widersetzen?«

Schnell räumt er mit den gängigen Vorurteilen auf, dass es sich bei den Gelbwesten um eine rechte Bewegung handele, die von rassistischen, fremdenfeindlichen und homophoben Themen geprägt sei und Umweltschutz ablehne. Er zeigt auf, dass solche Elemente zwar in der Anfangsphase eine Rolle gespielt haben, aber im Verlauf der Bewegung die Themen durch die internen Kommunikationsformen immer stärker zugespitzt wurden und sich die Gelbwesten auch an anderen Protestaktivitäten zu Themen wie Umwelt, Klimaschutz und Frauenrechte beteiligt haben.

Als markant arbeitet er sowohl die interne direkte Kommunikation (Dialog auf den Kreisverkehrsinseln) als auch die Ablehnung des Delegations- und SprecherInnensystems heraus und hebt dies positiv von der gescheiterten Personenfixierung der Fünf Sterne Bewegung oder der Grünen ab.

Die Farbe Gelb hat für ihn auch eine Bedeutung, weil sie in Frankreich partei- und gesellschaftspolitisch bisher nicht vergeben ist. Die Vielfalt und Phantasie zeigt eine elfseitige Fotodokumentation von »Plein de Los«, einem Kollektiv, das es sich zur Aufgabe gemacht hat, den Widerstand der Gelbwesten zu dokumentieren.

Paoli hebt auch die Rolle einer sehr umfangreichen sozialwissenschaftlichen Begleitung hervor, die schnell die soziale und regionale Herkunft der Protestierenden bestimmte und deren Themen und Ziele analysierte. Leider werden die Quellen nicht benannt, was allerdings der Lesbarkeit zugutekommt.

Fazit: Der von Guillaume Paoli verfasste Band lohnt sich für alle LeserInnen, die sich für das Funktionieren einer sozialen Bewegung im Zeitalter neuer Medien interessieren und die sich eine Alternative und Ergänzung zum herrschenden Parteiensystem in Form direktdemokratischer Ansätze wünschen.

Herbert Klemisch

Paoli Guillaume: Soziale Gelbsucht; Verlag Matthes & Seitz, Berlin 2019, 162 Seiten, 15 Euro

DEBATTE ZUM
»GREEN NEW DEAL«

Die Redaktion der seit 1987 erscheinenden Zeitschrift »Politische Ökologie« hat sich mit dieser Ausgabe viel vorgenommen: »Die Lage der Welt ist ernst. Um den drohenden zivilisatorischen und ökologischen Kollaps abzuwenden, brauchen wir einen neuen Gesellschaftsvertrag.« Dieser Vertrag solle gender- und generationengerecht sein und weltweit faire Arbeits- und Lebensbedingungen schaffen. Die Karten müssten also weltweit ganz neu gemischt werden, »wenn wir den Kampf um die Zukunft gewinnen wollen«.

Als »Green New Deal« vorwiegend in den USA entwickelt, nahm die Debatte zu diesem Konzept im letzten Jahr auch in Europa Fahrt auf. Die Ausgabe will daher keine vertiefte Analyse des Konzepts liefern, sondern ihren Schwerpunkt auf das Meinungsspektrum in der Debatte legen. Also fragen, ob mit dem Konzept lediglich etwas nachhaltiger Fassadenbegrünung betrieben werden soll und die Mär vom immerwährenden Wachstum unangetastet bleibt. Oder ob die vorgeschlagenen Reformen tiefgreifend genug wären, um den drohenden Kollaps doch noch abzuwenden.

Formal bietet das Heft einen bunten Strauß verschiedener Texte – 16 namentlich gekennzeichnete Debattenbeiträge sowie mehrere ausführliche Projekt- und Literaturhinweise zum Thema. Unter den AutorInnen sind viele, oft junge WissenschaftlerInnen unterschiedlicher Institute sowie mehrere VertreterInnen von entwicklungspolitischen sowie Umweltschutz-Organisationen.

Inhaltlich wirkt die Vielfalt der Beiträge gleichzeitig als Schwäche wie auch als Stärke des aktuellen Hefts: Ersteres mag dem Umstand geschuldet sein, dass es kein einzelnes, ausformuliertes Leitkonzept eines »Green New Deal« gibt, sondern mehrere politische Vorschläge, die sich auf den »New Deal« des US-amerikanischen Präsidenten Roosevelt aus den 1930er Jahren beziehen. Dies hat zur Folge, dass einige AutorInnen inhaltlich eher vage bleiben und beispielsweise »Wege in eine demokratische Postwachstums-gesellschaft« zwar skizzieren, ein »strategisches Übergangsprogramm« dann jedoch nicht mit konkreten Forderungen ausformulieren.

Obwohl das Heft nicht in Pro- und Contra-Beiträge gegliedert ist, überzeugen vor allem die dem Konzept kritisch gegenüberstehenden AutorInnen mit meinungsstarken Beiträgen. Beispielsweise formuliert Daniel Mittler von Greenpeace, dass Staat und Wirtschaft wieder einen »regulativen Rahmen« gegenüber dem Finanzmarkt erstreiten müssten, um zu verhindern, dass unsere Lebensgrundlagen zerstört würden. Für die Entwicklungsökonomin Gabriele Köhler stellt sich klar die Machtfrage, für die es »eine progressive Zivilgesellschaft und autonome Parlamente« brauche. – Insgesamt überzeugt das Heft als reichhaltige Übersicht zur aktuellen Debatte mit Beiträgen, die auch für Laien verständlich geschrieben sind.

Peter Streiff

oekom e.V. (Hg.): Green New Deal - Fassadenbegrünung oder neuer Gesellschaftsvertrag?; Reihe politische Ökologie 4-2019, 224 Seiten, oekom verlag, München 2019, 17,95 Euro

KOLLEKTIVBIOGRAPHIE DES
SCHWEIZER TROTZKISMUS

Die Revolutionäre Marxistische Liga (RML), ab 1980 Sozialistische Arbeiterpartei (SAP), hatte zu Beginn der 1980er Jahre 500 bis 600 Mitglieder und 1.000 bis 1.500 organisierte SympathisantInnen. Gegründet wurde sie 1969 im französischsprachigen Teil der Schweiz, breitete sich aber schnell in der ganzen Schweiz aus. Ende der 1980er Jahre löste sich die SAP in einem unübersichtlichen Prozess auf.

Die vorliegende Publikation ist spannenderweise das Produkt einer umfangreichen Befragung. 600 Fragebögen wurden an ehemalige Mitglieder versendet, von denen 110 Personen antworteten. Die ausgefüllten Fragebögen liegen auch verschlagent und online vor.¹ Die Antworten stammen zu einem Drittel von Frauen und insgesamt drei Viertel sind namentlich gekennzeichnet. 17 Personen waren Hauptamtliche der Partei und mehr als ein Drittel der Antworten stammen von Mitgliedern des Zentralkomitees.

Was sind nun die Ergebnisse der Untersuchung? Rein empirisch lässt sich feststellen, dass auffallend viele der AktivistInnen das sind, was heute »BildungsaufsteigerInnen« genannt wird. Etliche unternehmen ihre ersten politischen Schritte im kirchlichen Bereich. Ansonsten sind die Lebensläufe und Berufe sehr divers. Die meisten weiblichen RML/SAP Mitglieder sind auch in feministischen und Frauengruppen engagiert. Arbeitskämpfe und Gewerkschaften spielen selbstverständlich auch eine Rolle: Ein Drittel derer, die antworteten, arbeitete selbst zumindest zeitweise in der Fabrik und vollzog so die von der Partei ausgerufene »Proletarisierung«.

Bekannt war die RML auch für ihre Debatten zum Stalinismus, ihre grundlegende internationalistische Perspektive und für ihre Ablehnung der Atomkraft, die sich schnell zu einer allgemeinen Kritik der Produktivkraftentwicklung ausweitete. Die Mehrheit der Antwortenden ist in der Anti-AKW-Bewegung engagiert, viele AktivistInnen schließen sich auch der entstehenden grünen Wahlbewegung an. Charakteristisch ist das Nebeneinander von erschöpfender Arbeit nach innen, sowie intellektueller Vitalität und antiautoritärem Impuls nach außen. Eine Erfahrung, die für viele bis heute nachwirkt.

Mit dieser Publikation liegt eine, jenseits aller »Quellenkritik«, auf eine breite Basis gestützte Arbeit vor, die qualifizierte Einblicke in das Leben vieler AktivistInnen bietet: Sozusagen eine Kollektivbiographie des Schweizer Trotzismus als Teil der Neuen Linken nach 1968. Zum Schweizer Trotzismus vor 1968 liegt auch die Ausgabe 2 der neuen und bemerkenswerten historischen Zeitschrift Aether online zugänglich vor.²

¹ vgl. <http://archives.aehmo.org>

² Archive des Trotzismus. Schweizer Trotzist*innen im kalten Krieg (Aether 2), Zürich 2018, URL: www.aether.ethz.ch/ausgabe2

Bernd Hüttner

Jacqueline Heinen...und 110 andere: 1968 ... Jahre der Hoffnung. Rückblick auf die Revolutionäre Marxistische Liga / Sozialistische Arbeiterpartei, Edition 8, Zürich 2019, 344 Seiten, 23,20 Euro

WEIBLICHE
ALTERSARMUT

Das von Irene Götz herausgegebene Buch »Kein Ruhestand« porträtiert Frauen aus der Generation der Kriegs- und Nachkriegskinder in München – im Rahmen eines Forschungsprojektes, das 2014 startete. Das Buch gliedert sich in drei Teile. Der erste zum Thema Altersarmut analysiert die Ursachen für den Armutszuwachs, beschreibt Strategien und Praktiken des Wirtschaftens sowie die Angst vor Kontrollverlust und Abhängigkeit und präsentiert Thesen zur Prävention weiblicher Altersarmut.

Als besonders interessant erweisen sich die 18 Frauenporträts im zweiten Teil. Die Lebenslagen der Frauen sind materiell sehr unterschiedlich: Manche Frauen müssen aufgrund der niedrigen Rente mit Grundsicherung aufstocken, andere haben im Vergleich hohe Renten, sind aber durch hohe Mieten in München oder durch Schulden belastet. Auch die gesundheitliche Situation ist sehr verschieden. Die Frauen arbeiteten meistens im Niedriglohnsektor, so als Altenpflegerin oder Verkäuferin. Einzelne Frauen werden vorgestellt, die als Selbständige, Buchhändlerin oder Beamtin gearbeitet haben. Sie sind fast alle alleinstehend, nur eine von ihnen hat mit knapp 70 Jahren einen Lebenspartner gefunden, der ihr eine wichtige Stütze ist. Die Frauen haben ihre jeweiligen Männer fast alle als Belastungsfaktoren empfunden, in den meisten Fällen sind sie heute geschieden. Lediglich eine mit einem Musiker und Musikprofessor verheiratete Frau erlebte ihren Mann als Lebensbereicherung. Sie zeigt sich mit ihrem Leben rundum zufrieden, verfügt über ein großes soziales Netzwerk und viel kulturelles Kapital. Die Stütze der meisten, vor allem migrantischen Frauen sind die Kinder. Aber auch Beratungsstellen und Altenzentren helfen.

Eine Frau hatte sich gegen die bürgerliche Institution Ehe und Kinder entschieden. Sie besaß ein Reisebüro, war 40 Jahre berufstätig und nebenbei immer politisch aktiv, vor allem in der Frauenbewegung. Sie erzählt, dass das Geldthema in den Frauengruppen tabuisiert ist: »Darüber herrscht tiefes Schweigen.« Schließlich beginnt sie, das Thema Altersarmut in die Frauengruppen einzubringen. Während sich die Bessergestellten – wenig solidarisch – für das Thema nicht sehr interessieren, würden die weniger Wohlhabenden aus Scham schweigen. Trotzdem ist sie optimistisch, denn es scheint sich in der Gesellschaft etwas zu bewegen. Frauen schließen sich zusammen, entwickeln zum Beispiel alternative Wohnprojekte und diskutieren über Möglichkeiten eines guten Lebens im Alter.

Im dritten Teil des Buches werden abschließend Tipps gegeben, die für von Altersarmut betroffene Frauen hilfreich sein können. Ich konnte die Frauenporträts nur langsam durcharbeiten, weil die Schicksale der Frauen mich betroffen machten. Andererseits werden auch Strategien sichtbar, die optimistisch stimmen. Das Thema belastet die Leser*innen, ist aber auch gerade jüngeren Frauen zur Lektüre empfohlen.

Anne Seeck

Irene Götz (Hrsg.) Kein Ruhestand. Wie Frauen mit Altersarmut umgehen, Verlag Antje Kunstmann, München 2019, 320 Seiten, 20 Euro

TERMINE UND KLEINANZEIGEN

TERMINE

AKG JAHRESTAGUNG

Kritische Gesellschaftsforschung zwischen Utopie und Dystopie

5. bis 7. März (Kassel)

In den letzten zehn Jahren entfalte sich weltweit ein neuer Zyklus autoritärer, antidemokratischer, neoliberaler, rechtskonservativ bis völkisch orientierter gesellschaftlicher Dynamik.

Ort: Universität Kassel
Info: https://akg-online.org/tagungen/kritische-gesellschaftsforschung-zwischen-utopie-und-dystopie-akg-jahrestagung-maerz-2020

FRÜHLINGSCAMP

im Waldgarten

15. bis 25. März (Verden)

Der Frühling kommt näher und macht Lust, wieder Zeit im Garten zu verbringen!

nen. In der Natur fängt so einiges an, sich zu regen, also wird es reichlich zu tun geben: Pflanzen, Säen, Sensen, Gehölzarbeiten und vieles mehr.

Ort: Allmende e.V.
Artilleriestr.6, 27283 Verden
Info: http://allmende.bplaced.net/fruehlingscamp-spring-gathering-15-25-march/

FILM

»Radical Resilience«

20. März, 18 Uhr (Potsdam)

Ein Film über nachhaltigen Aktivismus: Wieso verlassen so viele Menschen unsere Bewegungen? Was hat das mit uns selbst zu tun und was damit, wie unsere Gruppen funktionieren?

Ort: Studentisches Kulturzentrum, Hermann Ellein Str. 10, 14467 Potsdam
Info: https://radicalresilience.noblogs.org

ISO KONFERENZ

Wege aus der Klimakrise zu einem ökologischen Sozialismus

9./10. Mai (Köln)

Es wird immer offensichtlicher, dass innerhalb der bestehenden Verhältnisse keine zufriedenstellenden Lösungen erreicht werden können.

Ort: Naturfreundehaus Kalk, Kapellenstraße 9A, 51103 Köln
Info: https://intersoz.org/oekosozialistische-konferenz/

SEMINAR

Menschenrechtsbeobachtung

14. bis 17. Mai
18. bis 21. Juni (bei Kassel)

Das CAREA Vorbereitungsseminar für die Menschenrechtsbeobachtung in Chiapas/Mexiko findet in Zusammenarbeit mit der Heinrich Böll Stiftung Rheinland-Pfalz statt.

Ort: Ein Seminarhaus bei Kassel
Info: www.carea-menschenrechte.de

KONFERENZ

für eine ökosozialistische Strömung in der Klimabewegung

26. bis 28. Juni (Basel)

Die beiden ökosozialistischen Organisationen »Bewegung für den Sozialismus« (BFS-MPS) und »SolidaritätS« laden zu einer internationalen Konferenz ein.

Ort: Byfangweg 6, 4051 Basel
Info: https://eco-soc.net/

IMPRESSUM

Monatszeitung für Selbstorganisation

Erscheint 11 mal im Jahr ISSN 0178-5737

HERAUSGEBER
CONTRASTE, Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Schönfelderstr. 41A
34121 Kassel

Anfragen: info@contraste.org
Verein: vorstand@contraste.org
Redaktion: redaktion@contraste.org
www.contraste.org

CONTRASTE wird von etwa 20 Redakteur*innen erstellt. Sie schreiben aus Überzeugung und ohne Bezahlung.

V.I.S.D.P.: Regine Beyß
Es gilt die Anzeigenpreisliste 2018.

REDAKTIONEN

- BERLIN: Ulrike Kumpe
BREMEN: Bernd Hüttner (Rezensionen)
ELBSANDSTEINGEBIRGE: Johannes Dietrich
FREIBURG: Burghard Flieger (Genossenschaften)
GÖTTINGEN: Kai Böhne (Anzeigen)
HAMBURG: Hilmar Kunath
KASSEL: Regine Beyß
KÖLN/BONN: Heinz Weinhausen
MÜNCHEN: Uli Frank

- Ariane Dettloff
SPROCKHÖVEL: Uli Frank
STUTTGART: Peter Streiff
ÖSTERREICH: Brigitte Kratzwald
GRAZ: Brigitte Kratzwald
KLAGENFURT: Hans Wieser (Termine)

HERSTELLUNG

ANZEIGEN

Kai Böhne
anzeigen@contraste.org

ABOVERWALTUNG

Eva Schmitt
abos@contraste.org

BILDREDAKTION

Regine Beyß und Eva Sempere

LAYOUT

Eva Sempere
layout@contraste.org

TERMINE

Hans Wieser
termine@contraste.org

IT-BETREUUNG

Vadim und Steffen, netz.koop eG
https://netz.coop
webmaster@contraste.org

DRUCK

Freiburger Druck GmbH und Co KG

facebook:

Facebook: www.facebook.com/contrastemonatszeitung
Twitter: @contraste_org
Mailingliste: https://lists.contraste.org/sympa/info/contraste-liste

ANZEIGEN

Zeitung gegen Dummheit, Lüge und Hass
3 Wochen gratis testen*
Junge Welt
Hauptsache gegen links

ROTE HILFE E.V.
Unsere Solidarität gegen ihre Repression!
Solidarität organisieren Mitglied werden!

Freihandel
Hier wird das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA vorgestellt und die Probleme erklärt.
Freihandel TTIP und der Widerstand

FEMINISMUS VON UNTEN
GWR-Aktionsblatt März 2020
Kostenlos bestellen: abo@graswurzel.net

Kleinanzeigen
Wir bieten Initiativen und Projekten hier Platz für ihre Gesuche und Angebote. Die Kleinanzeigen sind kostenlos.

Ossietzky
Informativ, knapp und klar: Ossietzky
Die Schaubühne seit 1905 Die Weltbühne seit 1918 Ossietzky seit 1998